

Die  
Nachfolge in Braunschweig  
als  
Frage des Rechts.

von  
Wilhelm Franke  
Oberlandesgerichtsrath.

Mit vier Stammtafeln.



Berlin SW. 1884.  
Verlag von Carl Habel.  
(C. G. Lüderich'sche Verlagsbuchhandlung.)  
33. Wilhelm-Strasse 33.

## I.

Am 18. October 1884 Nachts bald nach 1 Uhr starb zu Schloß Sibyllenort in Schlesien Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Fürst von Dels, vom September 1830 bis 25. April 1831 Regent<sup>1)</sup> und seit diesem Tage bis zu seinem Tode regierender Herzog seines inzwischen zu außerordentlicher Blüthe gediehenen Heimathlandes Braunschweig. Derselbe war am 25. April 1806 geboren als Sohn jenes Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Dels, welcher an der Spitze der schwarzgekleideten Kriegerschaaren bei Quatrebras am 16. Juni 1815 den Kampf gegen seinen Todfeind Napoleon mit dem Heldentode abschloß; Friedrich Wilhelm aber war der Sohn des einst noch viel berühmteren Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel, welcher zwar durch die Schlacht bei Jena und Auerstädt außer Land und Leben auch seinen Kriegsrühm verlor, als landesväterlicher Wiederhersteller des durch seinen Vater fast zum Konkurs gebrachten Staates aber noch heute in den Herzen seiner Braunschweiger fortlebt.

Herzog Wilhelm ist niemals vermählt gewesen. Seine einzige Schwester starb am Tage ihrer Geburt zugleich mit der Mutter; sein einziger Bruder war der am 7. September 1830 von Braunschweig vertriebene und am 2. Dezember 1830 vom Deutschen Bunde destage für regierungsunfähig erklärte Herzog Karl, welcher am 19. August 1873 zu Genf unvermählt gestorben ist.

In Herzog Wilhelm erlosch der Mannsstamm des kinderreichen Karl Wilhelm Ferdinand, während dessen Weiberstamm durch die Nachkommen der Prinzess Auguste, ersten Gemahlin des Herzogs und späteren Königs Friedrich von Württemberg, allerdings nicht

Das Recht der Uebersetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.  
Für die Redaction verantwortlich: Dr. Fr. v. Holkendorff in München.

allein in der königlichen Linie dieses Landes, sondern noch in vielen anderen fürstlichen Familien Europa's fortbesteht. Es erlosch mit Herzog Wilhelm im Mannsstamm aber weiter das gesammte „neuere“ Haus Braunschweig-Wolfenbüttel, welches durch das vorige Jahrhundert hindurch in einer Menge von Zweigen blühte und, dem Hause Koburg-Gotha unseres Jahrhunderts vergleichbar, damals u. a. gab: dem Deutschen Reiche außer einem General-Feldzeugmeister<sup>2)</sup> so wie zweien jung gefallenen Offizieren<sup>3)</sup> eine Kaiserin und zwar die Mutter Maria Theresia's<sup>4)</sup>, Rußland einen Kaiser<sup>5)</sup> und eine Kaiser-Mutter<sup>6)</sup>, Dänemark eine Königin<sup>7)</sup> und einen General-Feldmarschall<sup>8)</sup>, England eine Königin<sup>9)</sup>, den Niederlanden einen General-Kapitain und Statthalter-Vormund<sup>10)</sup>, Weimar die Mutter und Vormünderin Karl August's<sup>11)</sup>, Preußen aber zwei Königinnen<sup>12)</sup>, eine Königs-Mutter<sup>13)</sup>, zwei General-Feldmarschälle<sup>14)</sup>, drei Generäle<sup>15)</sup> und sechs andere, zumist im Kriege gefallene Offiziere von hoher Tapferkeit<sup>16)</sup>.

Dieses jetzt erloschene Haus bildete die eine der seit 1634 allein noch bestehenden zwei Linien des welfischen Fürstengeschlechtes, welches, vielleicht schon 476 mit Odoaker von der Oder nach Nord-Italien gekommen, Jahrhunderte lang in dortigen und südschwäbischen Landen, von 1071 bis 1180 in Baiern und seit 1137 bis unlängst im Nordwesten Deutschlands, dem ehemaligen und eigentlichen Sachsen, geherrscht hat, auch zur Zeit noch im großbritannischen Weltreiche<sup>17)</sup> herrscht. Aber auch die nunmehr noch allein bestehende Linie ist nur schwach im Mannsstamm; diesen bilden der Herzog Ernst August von Cumberland, dessen vierjähriger Sohn und der bereits am 26. März 1819 geborene, aber bisher unvermählte Herzog Georg von Cambridge.

Den erstgenannten dieser seiner Stammesvettern hat Herzog Wilhelm in dem zu Braunschweig am 19. Oktober eröffneten Testament zum Haupterben seines auf viele Millionen geschätzten Privat-Eigenthums eingesetzt; Nebenerbe — auf das schlesische Alod beschränkt — ist nach demselben Testament König Albert von Sachsen, ein Großneffe der Mutter des Erblassers. Von zwei zu

Dels am 22. Oktober 1884 eröffneten Kodizillen enthält das eine Verfügungen zu Gunsten der standesherrlichen Beamten des Fürstenthums Dels, das andere ein Vermächtniß für Herzog Ludwig in Baiern, gleichfalls Großneffen der Mutter des Erblassers.<sup>18)</sup> Diese testamentarischen Verfügungen stehen unter dem in Braunschweig geltenden sog. gemeinen Deutschen Recht und können auf Anrufen Betheiligter Gegenstand von Entscheidungen der bürgerlichen Gerichte werden. Wenn Herzog Wilhelm über sein Privat-Eigenthum nicht verfügt hätte oder wenn er ungültig verfügt haben sollte, so wären als gesetzliche Erben zu gleichen Theilen berufen die vier allein noch lebenden Nissen und Nichten seiner Mutter Marie von Baden, nämlich die Herzogin Max in Baiern, die neuerdings bei ihrer goldenen Hochzeit wieder viel genannte Fürstin Josephine von Hohenzollern-Sigmaringen, die zum Baden-Badener Freundeskreise unseres Kaisers gehörige Herzogin Wittwe von Hamilton und der als Vater des Fürsten von Bulgarien auch weiterhin bekannte Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt.

Weber über das Herzogthum Braunschweig noch über das Fürstenthum Dels hat Herzog Wilhelm letztwillig verfügen können. Es wurde die eine Verfügung nichtig sein nach dem Braunschweigischen Staatsgrundgesetz, die andere nichtig in Folge der lehnrechtlichen Verhältnisse von Dels.

Wie alle die vielen anderen Fürstenthümer, in welche die Herrschaft des polnischen Piasten-Geschlechtes während des Mittelalters in Schlesien sich zerplüthert hatte, war Dels im 14. Jahrhundert der Krone Böhmen zu Lehen aufgetragen. Als ein Thronlehn<sup>19)</sup>, bei welchem das früher allerdings bestandene Verfügungsrecht der Lehnbesitzer seit 1648 ausdrücklich ausgeschlossen war<sup>20)</sup>, ging Dels sodann 1742 durch den Frieden von Breslau aus der Lehnsherrlichkeit der Krone Böhmen in diejenige der Krone Preußen über, und es wurde an letztere bereits 1792 beim Tode des letzten Lehnfürsten<sup>21)</sup> aus dem Württemberger Hause heimgefallen sein, wenn nicht Friedrich d. Gr. 1764 einen derzeit mit der Erbtochter<sup>22)</sup> jenes Lehnfürsten verlobten Großoheim Herzog Wilhelm's<sup>23)</sup> und

Jobann 1785 den Vater Herzog Wilhelm's in die Belehnung mit aufgenommen hätte. Jener Großheim und seine Gemahlin sind kinderlos gestorben, und mit Herzog Wilhelm starb der letzte Nachkomme seines Vaters. Da auch, was über Aufhebung von Lehen in Preußen eingeführt worden, kraft Art. 41 der Preussischen Verfassung nicht für Thronlehn gilt, so fiel demnach das Lehns-Fürstenthum Dels am 18. Oktober 1884 an die Krone Preußen heim, von welcher dasselbe für solchen Fall bereits im Jahre 1876 an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm verliehen worden ist<sup>24)</sup>. Zugleich löste rechtlich sich dasjenige Fideikommiß auf, welches von den herzoglichen Brüdern Karl und Wilhelm am 13. Januar 1824 aus diesem Lehnsfürstenthum und verschiedenen ihnen zu Eigenthum gehörigen Herrschaften und Gütern der Provinz Schlesien gestiftet ist. Denn die Stiftung geschah ausdrücklich nur für die beiden Brüder und deren fürstliche Nachkommen und erledigte sich folgeweise mit Herzog Wilhelms Tode. Der erwähnte nicht lehnbare Grundbesitz ist aber theilweise schon länger als ein Jahrhundert mit dem Lehnsfürstenthum Dels zu einer wirthschaftlichen Einheit verbunden gewesen. Die Auscheidung dieses Grundbesitzes und die dabei unvermeidliche Berechnung zwischen Lehnsfolger und Erben wird daher jedenfalls thatsächlich im höchsten Grade verwickelt und schwierig sein. Schon dieserhalb ist es erklärlich, daß die Krone Preußen am 18. Oktober 1884 nicht bloß das Lehns-Fürstenthum Dels, sondern auch die übrigen schlesischen Güter des Herzogs Wilhelm durch den Oberpräsidenten von Schlesien in Besitz und Verwaltung nehmen ließ.<sup>25)</sup> Freilich wurde dabei auch die Erklärung abgegeben, daß der Besitz des Allods, wenn dasselbe dem Herzog von Cumberland zugewandt sein sollte, aufrecht erhalten werden, in allen anderen Fällen aber nur ein provisorischer sein solle<sup>26)</sup>.

Jedenfalls aber hat weder die lehnrechtliche Nachfolge in das Lehnsfürstenthums Dels noch die civilrechtliche Erbfolge in das Eigenthum des Herzogs Wilhelm rechtlich irgend etwas zu schaffen mit der lediglich staatsrechtlichen Nachfolge in das Herzogthum Braunschweig.

## II.

In Bezug auf letztere trat am 18. Oktober 1884 zunächst in Wirksamkeit das am 16. Februar 1879 „zur Ergänzung des Staatsgrundgesetzes“<sup>27)</sup> erlassene Braunschweigische Gesetz, „betreffend die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung.“ Die Pflicht erfüllend, welche dies Gesetz ihm auferlegte, prüfte das Staatsministerium in der Frühe des 18. Oktober erst allein und darauf zusammen mit dem Präsidenten der letzten Landesversammlung<sup>28)</sup> und dem Präsidenten des Oberlandesgerichts die Frage, „ob der erberechtigte Thronfolger am sofortigen Regierungsantritte irgendwie behindert sei,“ und daneben die Frage, „ob dieser Thronfolger etwa minderjährig und mit einem kraft des Staatsgrundgesetzes zur Regentschaft befugten Vormund versehen sei“ (Ges. v. 16. Februar 1879 §§ 1 und 2). Einstimmig wurde beide Male die Hauptfrage bejaht, die Nebenfrage verneint. In Gemäßheit des § 3 Ges. v. 16. Februar 1879 konstituirten sich nunmehr die drei stimmführenden Mitglieder des Staatsministeriums und die beiden bezeichneten Präsidenten als „Regentschaftsrath“ zur provisorischen Regierung des Landes.

Dieser Regentschaftsrath hat kraft § 4 Ges. v. 16. Februar 1879 fast die gesammte Herzogsgewalt auszuüben, soweit sie nicht Militairhoheit ist; er darf nur die Verfassung auch mit der Landesversammlung zusammen nicht ändern und Orden und Titel nur dann verleihen, wenn sie „mit einem verliehenen Amte nach Ueblichkeit verbunden sind“; selbst über die sogenannte Civilliste des Herzogs steht ihm die Verfügung zu. Der Regentschaftsrath hat nöthigenfalls sich selbst zu ergänzen, und er hat zu regieren, bis die Regierung von einem „nicht behinderten“ Thronfolger oder die Regentschaft von einem „nicht behinderten“ Vormund eines minderjährigen Thronfolgers oder von einem gewählten Regenten verfassungsmäßig angetreten wird. Auch diese Wahl, welche von der Landesversammlung aus den volljährigen nicht regierenden Prinzen der zum Deutschen Reiche gehörenden souverainen Fürstenhäuser geschehen

soll, wenn nicht innerhalb Jahresfrist seit der Erledigung des Thrones eine der beiden erstgedachten Möglichkeiten sich verwirklicht, hat nur auf Vorschlag des Regentschaftsrathes zu erfolgen (§§ 4. 5 und 6 des Ges. v. 16. Februar 1879).

Schon am 19. Oktober 1884 hat der Regentschaftsrath in Ausführung der §§ 4 und 5 Ges. v. 16. Februar 1879 seine Konstituierung durch Anzeigen und Gesefsammlung verkündet und an den Kaiser das Ersuchen gerichtet, das Verhältniß Braunschweigs zum Reiche, namentlich das Stimmrecht im Bundesrath für die Dauer der provisorischen Regierung in einer der Reichsverfassung entsprechenden Weise ordnen zu lassen, auch über die Ausübung der dem Landesfürsten verbliebenen militairischen Hoheitsrechte während solcher Dauer die von ihm erforderlich erachteten Maßregeln zu treffen.

Bevor dies Schreiben an den Kaiser abging, erschien indes — schon in den Morgenstunden des 18. Oktober — zu Braunschweig von dem dort die 40. Infanterie-Brigade kommandirenden Preussischen Generalmajor v. Hilgers eine Proklamation des Inhalts: die Prüfung der Frage, wer dem verstorbenen Herzog als Reichsgenosse und Landesherr folgen werde, stehe vermöge des Bundesvertrages von 1867 und der Reichsverfassung dem Deutschen Reiche zu; bis zur Entscheidung werde der Kaiser darüber wachen, daß der rechtmäßigen Erledigung der Thronfolgefrage nicht vorgegriffen und die dem Herzog vorbehaltenen Militairhoheitsrechte sicher gestellt würden; zu diesem Zweck und auf Grund des Gesetzes vom 16. Februar 1879 habe der Kaiser ihm den Oberbefehl über die im Lande Braunschweig stehenden Truppen übertragen; er fordere die Einwohner im Namen des Kaisers auf, der Entscheidung des Reichs in dem Vertrauen entgegen zu sehen, daß die Rechte und die Zukunft des Landes unter dem Schutze des Reichs und seiner Verfassung stehen.

Diese Proklamation ist vom Regentschaftsrath amtlich weiter verbreitet. Dagegen weigerte sich das Staatsministerium mit Ermächtigung des letzteren und offenbar folgerichtig, einen Auftrag

des Herzogs von Cumberland anzunehmen und das Patent zu zeichnen, zu besiegeln und zu verkünden, mittels dessen derselbe, reichs- wie landesverfassungsmäßig zu regieren verheißend, in der durch § 4 des Braunschweiger Staatsgrundgesetzes für den Thronfolger vorgesehenen Weise die Regierung des Landes antreten wollte. Der Kaiser verweigerte sogar Abschrift dieses Patentes sowie dessen gräflichen Ueberbringer anzunehmen. Den übrigen deutschen Fürsten wie den freien Städten war solche Abschrift von Seiten des Herzogs von Cumberland zugleich mit der Anzeige vom Tode seines Stammesvetters durch die Post zugesandt.

Vom 23. bis 27. Oktober 1884 tagte zu Braunschweig die Landesversammlung, welche in Gemäßheit des § 3 Abs. 3 Ges. v. 16. Februar 1879 „behuß verfassungsmäßiger Mitwirkung bezüglich der durch die obwaltenden Umstände etwa weiter gebotenen Schritte“ vom Regentschaftsrath sofort einberufen war. In seiner Pottschaft erklärte letzterer u. a.: die Frage der Nachfolge sei von landesstaatsrechtlichen und reichsstaatsrechtlichen Gesichtspunkten aus zu lösen; Sache des Reiches sei es, die Grenzen seiner Zuständigkeit den Einzelstaaten gegenüber in verfassungsmäßiger Entscheidung festzustellen; Braunschweig werde auch in dieser Frage, wie von jeher, dem Reiche geben, was des Reiches sei, aber auch darauf rechnen dürfen, daß seine Verfassung und seine Rechtsstellung im Reiche volle Berücksichtigung bei Lösung dieser Frage finden werde.<sup>29)</sup> Die staatsrechtliche Kommission der Landesversammlung erachtete in ihrem Berichte u. a. dafür, daß „aus notorischen Thatfachen Gründe sich ergeben“ . . . „welche den Eintritt Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Cumberland in die Stellung eines deutschen Bundesfürsten mindestens für jetzt verhindern.“ Auf Grund dieses Berichtes und seinem Antrage gemäß sprach die Landesversammlung einstimmig und ohne vorgängige Diskussion dem Ministerium und Regentschaftsrath nicht nur die unbedingte Billigung aller seit 18. Oktober 1884 ergriffenen Maßnahmen, sondern auch ihre völlige Uebereinstimmung mit dessen Ansichten und Wünschen aus; die Hoffnung auf Erfüllung der

letzteren gründete die Landesversammlung ausdrücklich auf die inzwischen erfolgten Willensäußerungen des Kaisers.

Dieser hatte nämlich inzwischen nicht allein dem Regentschaftsrath erst mündlich durch den preußischen Gesandten und sodann in amtlicher Schriftform seine vollständige Billigung der in Braunschweig seit 18. October 1884 getroffenen Maßnahmen ausdrücken lassen, sondern hatte auch für die Dauer der provisorischen Regierung die Ausübung der dem Braunschweiger Landesfürsten verbliebenen Militärhoheitsrechte förmlich übernommen und durch den Reichskanzler beim Bundesrath beantragt, Bevollmächtigte des Regentschaftsrathes als Vertreter Braunschweigs bei sich zuzulassen.

Dieser Antrag fand an demselben Tage, an welchem die Braunschweiger Landesversammlung wieder auseinander ging, die Annahme des Bundesrathes.

Durch diesen Beschluß des Bundesrathes ist der Regentschaftsrath als gesetzmäßige provisorische Regierung des Landes Braunschweig von Reichs wegen anerkannt. Denn selbstverständlich kann Braunschweig im Bundesrath nur durch Bevollmächtigte seiner gesetzmäßigen Regierung vertreten werden. Durch diesen Beschluß des Bundesrathes ist aber zugleich auch von Reichs wegen entschieden, daß der Braunschweiger Thronfolger „behindert“ sei im Sinne des Gesetzes vom 16. Februar 1879. Denn solche Behinderung ist die Voraussetzung für die Gesetzmäßigkeit der provisorischen Regierung Braunschweigs, wie auch in dem erwähnten Bericht der staatsrechtlichen Kommission sich hervorgehoben findet. Mangels dieser Behinderung und ihrer verfassungsmäßigen Feststellung würde nach einer auch in Braunschweig einzig durch jenes Gesetz beschränkten Regel des gemeinen deutschen Staatsrechts der zunächst zur Thronfolge berufene Fürst nicht nur von selbst die Herzogswürde erworben haben, sondern auch ohne Weiteres zur Ausübung derselben befugt gewesen sein.

Dieser Regel zu Ehren hat auch Reuß ä. L. am 27. October 1884 der Abstimmung sich enthalten. Ob Reuß ä. L. die Braun-

schweiger Entscheidung vom 18. October 1884 oder das ihr zu Grunde liegende Gesetz beanstandete, läßt aus den Berichten der Tagespresse sich indeß nicht ersehen. Dasselbe muß von dem Protest gesagt werden, welchen der Herzog von Cumberland hinsichtlich des Beschlusses vom 27. October 1884 unterm 4. November 1884 an sämtliche Bundesfürsten mit Ausnahme des Kaisers sowie an die drei freien Städte hat ergehen lassen.

### III.

Wenn eine andere Entscheidung, als am 18. October 1884 von Landes wegen erging, am 27. October 1884 von Reichs wegen ergangen wäre, so würde die erstere hinfällig gewesen und dem Regentschaftsrathe nichts anderes übrig geblieben sein, als abzutreten und mit dem Lande Braunschweig zusammen sofort dem antretenden nächstberufenen Thronfolger zu huldigen.

Die Ordnung der Thronfolge, einer etwaigen Regentschaft oder auch einer provisorischen Regierung, ist zwar ebenso wie die Gesetzgebung über diese Dinge ausweislich des Art. 4 Reichs-Verf. an sich eine Sache des bezüglichen deutschen Staates. Die deutschen Staaten stehen aber seit 1867 bezw. 1871 nicht mehr nur in einem losen, blos völkerrechtlichen Verbände, sondern sind seitdem Glieder desselben Staatswesens; ihre Souveränität wird in den wesentlichsten Beziehungen jetzt gemeinschaftlich im Reichsverbände ausgeübt. Der deutsche Landesherr ist daher nunmehr wesentlich auch Bundesfürst und kann nicht als Landesfürst in Wirksamkeit sein, wenn er dies nicht als Bundesfürst vermag. Dazu aber ist selbstverständlich nöthig — was der Herzog von Cumberland in seinem Protest vom 4. November 1884 übersehen zu haben scheint —, daß er von den Reichsgenossen als solcher anerkannt wird, daß insbesondere die Bevollmächtigten, durch welche er seine Ansprüche auf Theilnahme an der Reichsregierung im Bundesrath ausüben will, in demselben als Vertreter der bezüglichen Landesherrschaft zugelassen werden. Was vom Landesherrn hier gesagt ist, gilt um so mehr von dessen zeitweiligem Ersatz, einem gesetzmäßigen Zwischenherrscher

(Regenten) oder einer provisorischen Regierung. Wenn aber hiernach das Reich einen Landesherrn, Regenten u. s. w. zwar nicht zu bestimmen, wohl aber entweder anzuerkennen oder zu verwerfen hat, so muß diese seine Entscheidung als die der höheren Staatsgewalt, wenn sie den letztgedachten Inhalt hat, die von Landes wegen ergangene und mit ihr unvereinbare Entscheidung nothwendiger Weise brechen.

Dieser Satz, daß der in seinem Staate anerkannte Thronfolger, um dies vollgültig zu sein, auch noch als solcher — durch Zulassung seiner Bevollmächtigten — vom Bundesrath anerkannt sein muß, dürfte aber die einzige auf eine Braunschweiger Thronfolge bezügliche Satzung des Reichsrechtes sein. Man wird freilich vielleicht den Art. 76 Reichs-Verf. anführen wollen.

Nach dem Art. 76 Abs. 1 werden allerdings „Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den competenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, auf Anrufen des einen Theils von dem Bundesrathe erledigt.“ Aber auch ein Streit, ob der eine oder der andere Deutsche Bundesfürst zunächst zur Nachfolge in das Herzogthum Braunschweig berufen sei, würde, selbst wenn deren Staaten für sie Partei ergriffen, niemals eine Streitigkeit zwischen Bundesstaaten sein. Denn jene Nachfolge steht den betreffenden Bundesfürsten immer nur persönlich und nicht etwa als Häuptern ihrer Bundesstaaten zu; der betreffende Anspruch ist also niemals Anspruch des bezüglichen Bundesstaates.

Nach Art. 76 Abs. 2 Reichs-Verf. hat allerdings ferner „Verfassungsstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, auf Anrufen eines Theiles der Bundesrath gütlich auszugleichen oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen“; und es ist wenigstens möglich, daß eine Thronfolge-Frage auch zu einer Verfassungsstreitigkeit führt, d. h. zu einem Streite über Auslegung der Verfassung zwischen Regierung und Landständen. Braunschweig aber gehört, wie auch

im Cumberland'schen Protest vom 4. November 1884 hervorgehoben wird, laut § 231 N. L. O. zu denjenigen Bundesstaaten, in deren Verfassung eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist; diese Behörde bilden sieben Mitglieder des Oberlandesgerichts, von denen drei durch das Loos, zwei von der Regierung und zwei von der Landesversammlung im einzelnen Falle besonders bestimmt werden.

Für die Braunschweiger Thronfolge fragt es sich daher, was nach Braunschweiger Landesrecht von der Thronfolge und von dem Verfahren über eine bestrittene oder zweifelhafte Thronfolge Rechtsens ist.

Von solchem Verfahren sagt das Braunschweiger Landesrecht gar nichts. Das Recht des ehemaligen Deutschen Reiches ging freilich einstens dahin, daß der König oder, wenn dieser selbst Partei war, der Pfalzgraf bei Rhein unter Fürsten-Beirath, und später dahin, daß das Reichskammergericht oder der Reichshofrath entschiede. Aber abgesehen davon, daß meistens das Schwert entschied, sind diese Gerichte 1806 erloschen, ohne Erbsatz gefunden zu haben. Wo aber von Staats wegen zu entscheiden ist und Gerichte für solche Entscheidung nicht geordnet sind, da kann nur der Machtgeber der Gerichte, der Staat, selbst entscheiden. Freilich wird ein Staat, wenn es sich um sein Haupt handelt, dazu nicht immer in der Lage sein, eben weil zu seiner Entscheidung diejenige seines anerkannten Hauptes oder des gesetzmäßigen Stellvertreters desselben gehört. Denn Entscheidungen des Staates über sein Haupt werden zweifellos nur in der Weise seiner Ordnungen höchster Stufe, werden zweifellos nur den Gesetzen gleich ergehen können. Wenn Entscheidungen über eine zweifelhafte oder bestrittene Thronfolge hiernach mangels anderer Normen nur durch übereinstimmende feierliche Erklärungen der Landstände und des Staatsoberhauptes oder seines gesetzmäßigen Stellvertreters zu Stande kommen können, so ist Braunschweig, wie aus Obigem erhellt, in der glücklichen Lage trotz bestrittener Thronfolge jetzt im Regentschaftsrath und demnächst, wo nöthig, in einem Regenten einen gesetzmäßigen Stellvertreter seines Staatsoberhauptes zu besigen.

Danach dürfte von Rechts wegen Herzog von Braunschweig nur sein, wer von dem Braunschweiger Regentschaftsrath bzw. etwaigem Braunschweiger Regenten, von der Braunschweiger Landesversammlung und sodann auch vom Bundesrath des Deutschen Reiches als solcher anerkannt wird. Das Verfahren ergibt sich damit von selbst.

Regentschaftsrath bzw. Regent, Landesversammlung und Bundesrath haben, wie selbstverständlich, nicht nach Willkür, sondern, wie aus Vorstehendem sich ergibt, nach Braunschweiger Landesrecht anzuerkennen und nicht anzuerkennen.

Und welches sind die bezüglichlichen Normen des Braunschweiger Landesrechts und was ist ihr Inhalt?

Der in anerkannter Wirksamkeit stehende § 14 des Braunschweigischen Staatsgrundgesetzes, der sog. Neuen Landschafts-Ordnung vom 12. Oktober 1832, ordnet diese Nachfolge und zwar in einer Weise, daß kein Zweifel darüber aufkommen kann, er wolle diesen Gegenstand in seinem ganzen Umfange ordnen, ordnen ohne einer Norm außer ihm Raum zu lassen. Damit wird freilich leider nicht ausgemacht sein, daß solche andere Normen nicht doch noch gälten. Das Recht der Thronfolge ist zwar nach den in den Kulturstaaten Europa's zu allgemeiner Geltung gelangten Anschauungen allerdings ein wesentlicher Bestandtheil der verfassungsmäßigen Ordnung des Staates. Da aber eventuelle Thronfolge-Ansprüche für Fürsten anderer Staaten auf die verschiedensten Titel des privaten und öffentlichen Rechts von Zeiten her begründet sind, welche weit vor den Anfängen Deutscher Landesgesetzgebung liegen, so ist die z. B. von H. Schulze in seinem Preussischen Staatsrecht Bd. I. S. 176 fg. vorgetragene Ansicht, daß alle Thronfolge-Ansprüche gleich sonstigen wohl erworbenen Rechten der Landesgesetzgebung unterliegen, leider noch keineswegs die herrschende unter den Staatsrechtslehrern. Für die Nachfolge in das Herzogthum Braunschweig ist es aber glücklicher Weise gleichgültig, ob für dieselbe neben dem § 14 der

Neuen Landschafts-Ordnung noch andere Rechtsquellen als vorhanden angenommen werden oder nicht. Denn die Ansprüche, welche auf andere Rechtsquellen gegründet werden, sind nach eben diesen Rechtsquellen selbst, wie sich zeigen wird, zweifellos un gegründet. Der § 14 der N. L.-O. lautet aber:

„Die Regierung wird vererbt in dem Fürstlichen Gesammthause Braunschweig-Lüneburg nach der Lineal-Erbfolge und dem Rechte der Erstgeburt und zwar zunächst in dem Mannstamm aus rechtmäßiger, ehelicher und hausgesetzlicher Ehe.

Erlischt der Mannstamm des fürstlichen Gesammthauses, so geht die Regierung auf die weibliche Linie nach gleichen Grundsätzen über.“

#### IV.

„Fürstliches Gesammthaus Braunschweig-Lüneburg“ bedeutet dem Wortlaute gemäß nach altem Brauch die Gesamtheit der Fürsten, welche von dem ersten Inhaber des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg abstammen. Dies war Otto das Kind, von welchem die beiden ersten Stammtafeln gegenwärtiger Schrift sprechen.

Im elften Jahrhundert herrschten in einer Menge von Gebieten Nordwest-Deutschlands, welche heutzutage den wesentlichen Bestand der Fürstenthümer Lüneburg, Braunschweig, Kalenberg, Grubenhagen und Göttingen ausmachen, die alt-sächsischen Fürstengeschlechter der Billungen, Brunonen, Northeimer und Supplingenburger. Alle diese Fürstengeschlechter erloschen um 1100 im Mannstamm, ihre Gebiete je auf den Gatten der einzigen Erbtöchter vererbend, und als der letzte Supplingenburger, Kaiser Lothar, Sohn der Northeimer und Enkel der Brunonischen Erbtöchter, im Jahre 1137 starb, war Alleinherr dieser sämtlichen Gebiete sein Schwiegersohn, der von der Billung'schen Erbtöchter Wulfhild dem Sohne der alt-welfischen Erbtöchter geborene Heinrich der Stolze aus dem neu-welfischen Zweige der Markgrafen von Este, welcher



nicht nur, wie sein Großvater Welf IV. und sein Vater Heinrich der Schwarze in Bayern, sondern auch in Sachsen das Herzogs-Amt (die Reichsfeldherrnschaft) inne hatte. Als Heinrich's des Stolzen Sohn Heinrich der Löwe, lange Zeit Herrscher aller Lande von der Sieg und Ems bis zur Ostsee, von Friedrich Rothbart geächtet 1180 das Herzogthum in Sachsen und Bayern einbüßte und seine Macht verlor, verblieben ihm diese Gebiete; dieselben vererbten auf seine Söhne, den so romantisch auf der Pfalz im Rhein bei Saub mit der Hohenstauffin Agnes vermählten und infolge dessen später Pfalzgraf bei Rhein gewordenen Heinrich, den nachmaligen Kaiser Otto IV und Wilhelm, den frühverstorbenen Vater Otto's des Kindes. Im Anfang der zwanziger Jahre des 13. Jahrhunderts befand sich der nördliche Theil dieser Gebiete demzufolge im Besitz Otto's des Kindes, der südliche aber im Besitz des Pfalzgrafen Heinrich, und letzterer, welcher seinen einzigen Sohn jung verloren hatte, erkannte den ersteren im Jahre 1228 feierlichst und förmlichst vor seinen Mannen als den einzigen Erben dieses seines Antheiles an. Als aber Pfalzgraf Heinrich 1227 starb, erhoben zwei von seinen Töchtern Ansprüche an diesen Antheil: die Herzogin Agnes von Bayern, Stammutter des jetzigen Bayrischen, und die Markgräfin Irmgard von Baden, Stammutter des jetzigen Badischen Herrscherhauses. Kaiser Friedrich II kaufte diese Ansprüche, und dessen Sohn und Stellvertreter, König Heinrich, nahm den Gegenstand derselben 1227 mit bewaffneter Hand in Besitz. Freilich gelang es Otto dem Kinde die Hohenstauffischen Besatzungen wieder zu vertreiben, diejenige von Göttingen z. B. indeß erst 1232. — Die niedersächsischen Erbschaft des Pfalzgrafen Heinrich war aber nicht der einzige auf die Welfen bezügliche Punkt, welcher für die Ordnung des Reiches der Erledigung bedurfte. Noch waren von den Welfen die Ansprüche auf die überelbischen Lande nicht aufgegeben, welche von Heinrich dem Löwen mit dem Schwert erworben, seit dessen Sturz aber in anderen Besitz gelangt waren; noch immer nannten sich die Welfen Herzoge, obwohl sie kein Herzogthum inne hatten und von Rechts-

wegen dem Heerbann der neuen sächsischen Herzöge aus dem Askanischen Hause zu Lauenburg hätten folgen müssen; noch sah und suchte der Papst in dem tapfern jungen Mann, welcher damals allein den welfischen Mannsstamm vertrat, den geborenen Gegenkaiser der Hohenstaufen. Kaiser Friedrich II sowohl wie Otto das Kind wünschten Ordnung auf gütlichem Wege; es vermittelten Reichsfürsten, welche beider und des Reiches Freunde waren; wahrscheinlich wirkte auch englischer Einfluß versöhnend, als der Kaiser mit der Prinzessin Isabella von England, des Welfen Base, sich verlobt hatte. Nach längeren Verhandlungen, welche durch eine vom Kaiser bestellte Commission von Reichsfürsten gepflogen waren, kam im Jahre 1235 der endgiltige Frieden zwischen Hohenstaufen und Welfen zu Stande; sein Inhalt war die Gründung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg, bei Gelegenheit der Vermählung Friedrich's II mit Isabella in feierlichster Reichsversammlung unter Mitwirkung der Mehrzahl der angesehensten damaligen Reichsfürsten vollzogen zu Mainz am 12. August 1235.

Friedrich II, kaiserlicher Würde gemäß den eingenommenen Rechtsstandpunkt während, empfing von Otto dem Kinde die diesem unbestrittener Maßen zugehörigen, als „Lande zu Lüneburg“ bezeichneten Gebiete für sich selbst zu eigen und übertrug diese sowohl wie die streitigen, als „Lande zu Braunschweig“ bezeichneten Gebiete auf das Reich; als Kaiser schied er sodann beide Gebiete aus dem Verbande des Herzogthums Sachsen aus, erhob sie zu einem besonderen Herzogthum und gab dieses Herzogthum Otto zu Lehen und zwar zu einem nach Erbguts Weise auf Manns- und Weiberstamm übergehenden Lehen<sup>30)</sup>.

Nachdem Otto das Kind also erster Herzog zu Braunschweig und Lüneburg geworden war, hat auf Grund dessen sein Mannsstamm abgesehen von den Zeiten der Napoleonischen Fremdherrschaft und einzelnen Kriegsläufen im Gebiete des jetzigen Herzogthums Braunschweig bis auf den heutigen Tag und in den übrigen Theilen der gedachten Gebiete bis in das Jahr 1866 hinein ununterbrochen die Landesherrschaft gehabt. Das Königreich Han-

nover war der eine, seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts weit über die Grenzen des ursprünglichen Ganzen hinausgewachsene und das Herzogthum Braunschweig ist der andere, jetzt allein übrig gebliebene der beiden ungleichen endlichen Theile des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg, welche im siebzehnten Jahrhundert sich feststellten, nachdem dieses Herzogthum vier Jahrhunderte lang in bunter und wechselvoller Mannichfaltigkeit getheilt und wieder getheilt, theilweise wieder vereinigt und von neuem getheilt war. Trotz aller dieser Theilungen, sowie trotz mancher zwischen ihnen ausgekämpfter Fehden haben die Nachkommen Otto's des Kindes von dessen Mannsstamm immer als Glieder Einer fürstlichen Gesamt-Familie und als kraft dessen in allen Theilen des ursprünglichen Herzogthums Braunschweig-Lüneburg erberechtigt sich angesehen, und immer haben dieselben in Urkunden, wie auf Münzen Herzoge zu Braunschweig und Lüneburg sich genannt, mochten sie auch im gewöhnlichen Leben mit Bezug auf ihre Wohnsitze oder Landestheile nach Göttingen, Herzberg, Osterode, Salzderhelden, Grubenhagen, Einbeck, Bevern, Braunschweig, Wolfenbüttel, Blankenburg, Kalenberg, Hannover, Gifhorn, Celle, Dannenberg, Sigacker, Lüneburg oder Harburg genannt werden.

Kaiser Karl V bestätigt in der „Declaration“, welche er zu Händen von Herzog Heinrich dem Jüngern aus dem mittleren Braunschweiger Hause am 19. Juni 1555 zu Brüssel ausstellte, für Vergangenheit und Zukunft „den löblichen prauch“ „bei den heusern Braunschweig und Lüneburg“, „das alletzeit der Eltist des Fürstlichen Stammens die Lehen, so oft sich die Felle zuge-tragen, von einem römischen Kaiser oder Kunig und dem heiligen Reiche für sich als der Eltiste und an statt seiner Brüder und Bettern, in das **sammtlehen**<sup>31)</sup> gehörig, gesonnen, empfangen und gebürliche Lehenspflicht gethan hab,“ „also das die sonderliche empfangung der Lehen, davon oben gemeldet, kainem tail an seiner gerechtigkeit der **sammtlehen**\* präjudicirt.“

Kaiser Maximilian II bestätigte und erneuerte diese „Declaration“ zu Prag am 14. März 1570 für **sämmtliche damals**

in den Braunschweig-Lüneburgischen Landen regierende Nachkommen Otto's des Kindes, die namentlich von ihm aufgeführten, „Hochgebornen Julius, Erich, Otto, Heinrich, Wilhelm, Wolfgang und Philips, Bettern und Brüder, alle Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg“; das sind Julius von Braunschweig, der fromme Gesetzgeber und Landesvater, Erich der Jüngere von Kalenberg-Göttingen unrühmlichen Angedenkens, Otto II von Harburg, der schon erwähnte Heinrich von Dannenberg, dessen jüngerer Bruder Wilhelm von Lüneburg, der Stifter der später königlichen Linie der Welfen, sowie die Brüder Wolfgang und Philipp von Grubenhagen, die beiden letzten vom Mannsstamm einer schon im dreizehnten Jahrhundert abgezweigten Linie.

Derselbe Kaiser Maximilian II hatte allerdings am 31. August 1564 dem Kurfürsten Joachim II von Brandenburg einschließlich seiner Erben für den Fall, daß der Grubenhagensche Mannsstamm erlöschen würde, eine Lehns-Anwartschaft auf das Fürstenthum Grubenhagen ertheilt und vermuthlich deshalb am 1. Juni 1566 den formellen Gesamt-Lehnbrief „vor das Fürstliche Haus Braunschweig und Lüneburg“ nicht mit auf Land und Fürsten „zum Grubenhagen“ gestellt, aber an selbigem 1. Juni unter ausdrücklicher Erwähnung der zwischen diesen letzteren und den übrigen Herzogen von Braunschweig-Lüneburg bestehenden Familien-Genossenschaft in besonderer „Erklärung“ „declarirt“

„das die sonderliche Empfengnis der lehenn der Fürstenthumb Braunschweig und Lüneburg obberürtenn Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg und ihren Erben an ihrem habenden jure agnationis et successionis unachtheilich und unverfenglich sein solle.“

Es wurde denn auch an die Stelle jener Anwartschaft auf Grubenhagen von Kaiser Maximilian II für sich und seine Nachfolger am Reich dem Kurfürsten Joachim II von Brandenburg nebst Erben mit dessen Einwilligung eine Lehnsanwartschaft auf alle Reichslehne sämtlicher Herzöge zu Braunschweig-Lüneburg für

den Fall deren Aussterbens im Mannstamm durch den Expectanzbrief vom 10. Juni 1574 ertheilt, und als im Jahre 1596 der letzte vom Grubenhagenschen Mannstamm in der Gruft seiner Väter beigesetzt war, konnten die übrigen Herzoge zu Braunschweig-Lüneburg über das von Julius' Sohn Heinrich Julius für sich allein hingenommene Fürstenthum Grubenhagen einundzwanzig Jahre lang streiten und processiren, ohne daß Joachim's II Erben oder sonstige Fürsten die günstige Gelegenheit zur Erhebung gegen theiliger Ansprüche benutzt hätten.

„Kaiser's Ferdinand II Decretum, „daß dem fürstlichen braunschweig-lüneburgischen Reichslehen nichts zu Nachtheil vorgehen solle, de anno 1625“ will nicht leiden, daß irgend etwas durch Veräußerung abhanden komme

„von demjenigen Fürstenthumb, Land und Leuten, so die Durchlauchtige Hochgeborne Fürsten und Herren, Herzoge zu Braunschweig und Lüneburg, von Kaiserlicher Majestät und dem heil. Römischen Reich zu Lehen tragen und **anfänglich wehland Herzog Otten zu Braunschweig und Lüneburg von auch wehland Ihrer Majestät Vorfahren, Kaiser Frederico II Christmildester Gedächtnuß Anno 1235 zu Lehen aufgetragen worden.**“

Der westfälische Frieden von 1648, nicht bloß ein Staatsgrundgesetz für Deutschland, sondern ein völkerrechtlicher Vertrag von europäischer Bedeutung, spricht im Cap. XIII § 9 von dem zwischen den verschiedenen Familien der Herzöge zu Braunschweig und Lüneburg geltenden Erbfolge-Recht.

## V.

Das jetzige Herzogthum Braunschweig insbesondere ist erst 1634, als der seinem Großvater Julius wie seinem Vater Heinrich Julius gleich unähnliche Friedrich Ulrich starb, als Theil der Landes-Gesamtheit, welche es seit dem Erlöschen der Kalenberg-Göttinger Linie zusammen mit den Fürstenthümern Kalenberg

und Göttingen bildete, kraft des eben gedachten Erbfolge-Rechts auf die sämmtlichen übrigen damals lebenden Fürsten vom Mannstamm Otto's des Kindes gekommen, und vorbehältlich der eventuellen Erbrechte der anderen Linien durch den sogenannten Braunschweiger Hauptvertrag vom 14. December 1635 der bis dahin mediatisirten Dannenberger Linie, wie schon erwähnt, wiederum als ein besonderes Herzogthum zugewiesen.

Diejenigen Herzöge dieser Linien, welche mit voller Landeshoheit regierten, bestätigten den Braunschweiger Hauptvertrag nochmals am 10. December 1636 durch die sogenannte Celler Hauptverfassung, indem sie zugleich das Amt des gemeinschaftlichen „Seniors“ oder Familien-Ältesten, welches, wie beachtet sein wird, bereits in der Declaration Kaiser Karls V vom 19. Juni 1555 als alter Brauch der Familie sich erwähnt findet, förmlich und bis ins einzelne hinein ordneten.

„Es cediren und überlassen“ denn auch am 17. Januar 1706 laut des Recesses wegen Sachsen-Lauenburg, dessen Fürstenhaus 1689 im Mannstamm erloschen war, „Herrn Herzogen Anton Ulrich Durchlaucht für sich, Dero Erben und Successoren, auch ganze Wolfenbüttel'sche Linie, . . . Ihre Churfürstlichen Durchlaucht Dero Successoren und also dem Durchlauchtigsten Hause Braunschweig- und Lüneburg Hannoverscher Linie . . . Ihren Antheil an dem Herzogthum Sachsen-Lauenburg . . . und thun sich sowohl an solchen Lauenburgischen Landen . . . als aller übrigen von der Hannoverschen Linie iho besitzenden Landen weiter überall nichts als die gesammte Hand und den Rückfall in eventum vorbehalten; gleichwie dann auch andertheils **die Hannoverische Linie an denen Wolfenbüttel'schen iho besitzenden Landen sich nichts als vorgedachte gesammte Hand und den Rückfall vorbehält.**

Dieser Receß von 1706 und jene „Hauptverfassung“ von 1636 sind nebst den sonstigen gegenseitigen Erbverträgen der Familie am 14. November 1739 nochmals bekräftigt durch den Ver-

gleich zwischen Georg II und Herzog Wilhelm's Urgroßvater Karl von Braunschweig.

Dieser Vergleich gebraucht auch schon für die Angehörigen beider Contrahenten den Ausdruck „Gesammthaus Braunschweig und Lüneburg“, während die „Lehns-Sinnung“, welche Karl Wilhelm Ferdinand, der Großvater Herzog Wilhelm's, kraft des oben gedachten Amtes eines „Seniors“ am 17. Mai 1793 „an Thro Römisch Kaiserliche Majestät über die Reichslehne des Durchlauchtigen Gesammthaus Braunschweig nach Wien abgehen ließ, den Zusatz „Lüneburg“ eben so vermissen läßt, wie der Braunschweigische Erbhuldigungs-Eid des § 26 der Neuen Landschafts-Ordnung und selbst der Entwurf zu dem uns beschäftigenden § 14 dieses Staatsgrundgesetzes.

Als im Jahre 1830 durch die Mißregierung und die derselben folgende Flucht des Herzogs Karl von Braunschweig kraft gemeinen Deutschen Staats- und Fürstenrechts ein Einschreiten der Agnaten desselben erforderlich wurde, traten als solche unter Anerkennung von Seiten des Deutschen Bundestages auf Herzog Wilhelm und König Wilhelm IV von Großbritannien und Hannover; in der agnatischen Disposition von 1831, in welcher Herzog Karl für regierungsunfähig erklärt wurde, bezeichneten sie sich als „Chefs der älteren und jüngeren Linie des Durchlauchtigsten Hauses Braunschweig-Lüneburg.“ Dieselben beiden Fürsten erließen gemeinschaftlich in demselben Jahre 1831 ein „Hausgesetz, betreffend die Vermählungen der nicht regierenden Mitglieder des Durchlauchtigen Gesammthaus Braunschweig-Lüneburg“, welches 1832 im Braunschweigischen „Gesetz- und Verordnungsblatt“ (Nr 37) und 1833 in der „Hannoverschen Gesetzsammlung“ (Nr. 1) veröffentlicht worden ist. Die Vorschriften dieses gemeinschaftlichen Hausgesetzes sind auch aufgenommen in das mit den Hannoverschen Ständen vereinbarte „Königliche Hausgesetz für das Königreich Hannover“ vom 19. November 1836, und dieses letztere Gesetz, welches

für das Land Hannover bis zum Ende des Königreichs in Kraft gestanden hat, besagt u. a. in Cap. IV § 2 a. A.:

„Sie (die Krone des Königreichs Hannover) vererbt im Braunschweig-Lüneburgischen Gesammthaus und zwar zunächst im Mannstamm der jetzigen königlichen Gesammtlinie“

und weiter in Cap. IV § 3 a. A.:

„Ebenmäßig geht das Herzogthum Braunschweig, wenn der Mannstamm der Herzoglich-Braunschweig-Wolfenbüttel'schen Linie früher ausstürbe, mit Ausschluß jeder weiblichen Thronfolge auf die königliche Mannsline . . . über“

und ferner in Cap. IV § 4 a. A.:

„Wenn der Fall einträte, daß der Mannstamm des **Gesammthaus Braunschweig Lüneburg** erlösche, möge nun die königliche Mannsline oder die Herzoglich-Braunschweig-Wolfenbüttel'sche die zuletzt erlöschende sein, so geht die Thronfolge in Gemäßheit **des ursprünglichen Erb-Lehnbriefs Kaiser Friedrich's II vom Jahre 1235** auf die weibliche Linie . . . über.“

Wehnlich bestimmte § 11 des Hannoverschen Staatsgrundgesetzes vom 26. September 1833:

„Erlischt der Mannstamm der jetzigen königlichen Linie, so geht die Thronfolge nach Maßgabe der Hausgesetze auf den Mannstamm der jetzigen Herzoglich-Braunschweig-Wolfenbüttel'schen Linie und nach dessen Erlöschen auf die weibliche Linie über“

und der noch im Jahre 1866 gültige § 12 des Hannoverschen Landes-Verfassungs-Gesetzes vom 6. August 1840:

„Erlischt der Mannstamm der gegenwärtigen königlichen Linie, so geht die Thronfolge auf den Mannstamm der jetzigen Braunschweig-Wolfenbüttel'schen Linie und nach dessen Erlöschen auf die weibliche Linie . . . über.“

Am Hannoverschen Hulldigungs-Eide, welchen u. a. sämtliche Beamte des Königreichs Hannover bis zu dessen Untergang zu leisten hatten, ist zwar am 20. März 1820, am 9. Oktober 1833, am 14. November 1837 und am 29. November 1851 geändert; nach allen Formeln aber wurde er für den Fall des Erlöschens des Königlichen Hauses Hannover zugleich dem regierenden Herzog von Braunschweig, sowie den männlichen Leibes-Erben desselben bezw. den Agnaten der Wolfenbüttelschen Linie geschworen. Und wenn der nach § 26 N. L.-O. von jedem Landes-Einwohner nach seinem 21. Jahr zu leistende Braunschweiger Erbhuldigungs-Eid neben dem Landesfürsten „dessen Nachfolgern an der Landesregierung aus dem Durchlauchtigsten Hause Braunschweig“ geschworen wird, so ergeben die Verhandlungen über die Schaffung jenes Staatsgrundgesetzes, daß „Haus Braunschweig“ in den Entwurf dieses § 28 und in denjenigen des uns beschäftigenden § 14, wie natürlich, in demselben Sinn gesetzt war, und daß man in letzterem Entwurf diese Worte lediglich zur besseren Deutlichkeit durch die jetzigen „Gesamthaus Braunschweig-Lüneburg“ ersetzt hat.

## VI.

Die Braunschweigische N. L.-O. beruft hiernach im „Gesamthaus Braunschweig-Lüneburg“ zweifellos die Nachkommen Otto's des Kindes zur Erbfolge in das Herzogthum Braunschweig und setzt hiermit zweifellos nicht neues Recht, sondern bestätigt nur, was in dieser Beziehung kraft des Mainzer Erb-Lehnbriefs von 1235 durch Kaiser und Reich unter Zustimmung aller Betheiligten einst als Recht gesetzt ist. Gleiches thut dieses Staatsgrundgesetz offenbar auch, indem es den Mannstamm und den Weiberstamm beruft.

Die Braunschweigische N. L.-O. beruft den Mannstamm vor dem gesammten Weiberstamm. In dieser Beziehung enthält der Mainzer Erb-Lehnbrief von 1235 allerdings eine ausdrückliche Bestimmung nicht, und man mag immerhin derzeit darüber haben

streiten können, ob bei einer Erbfolge, wie sie durch jenen Staats-Akt bestimmt wurde, der auch damals dem Mannstamm unbestritten zustehende Vorzug über die einzelne Linie hinaus sich erstreckte und auch die sog. Erbtöchter, die Töchter eines ohne männliche Nachkommen versterbenden Besitzers, zu Gunsten der Seitenverwandten vom Mannstamm ausschloß. Für solchen Ausschluß spricht das oben erwähnte feierliche Anerkenntniß des Pfalzgrafen Heinrich von 1223, dem er bis zu seinem Tode auch durch die That treu blieb. Gegen solchen Ausschluß spricht der trotz dieses Anerkenntnisses von den Töchtern des Pfalzgrafen erhobene Anspruch und dessen Ankauf von Seiten des Kaisers. Anspruch und Ankauf möchten zusammen indeß kaum so viel wiegen, wie jenes Anerkenntniß. Denn die in Süd-Deutschland in hohensaufischen Kreisen aufgewachsenen Töchter waren des Rechts der Sachsen und der Welfen wohl weniger kundig, als ihr in Niedersachsen als Heinrich's des Löwen Sohn aufgewachsener Vater; der Kaiser aber hat den Anspruch vermuthlich nur als politische Handhabe angekauft und thatächlich vollständig aufgegeben. Jedenfalls ist aber ein solcher Ausschluß auch der Erbtöchter, sofern er nicht etwa durch die von 1243 bis 1806 andauernde Lehnbarkeit des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg begründet sein sollte, durch 600 jährige Rechts-Gewohnheit unter den Nachkommen Otto's des Kindes festgestellt geworden. So oft auch eine regierende Linie der Herzoge zu Braunschweig und Lüneburg mit Hinterlassung von Cognaten<sup>32)</sup> im Mannstamm erlosch, so ist doch niemals auf Grund cognatischen Rechtes die Erbfolge in die Landestheile einer solchen Linie dem übrigen Mannstamm Otto's des Kindes streitig gemacht worden. Denn auch in dem Erbfolgekriege, welcher in den siebziger Jahren des 14. Jahrhunderts um das Fürstenthum Lüneburg geführt wurde, stützte Albert von Sachsen, des letzten Herzogs von der älteren Lüneburger Linie Tochter-Sohn, seine Ansprüche nicht auf diese seine Abstammung, sondern auf die von Kaiser Karl IV ihm und seinen askanischen Vettern ertheilte Belehnung, und der Rechtstitel dieser Belehnung wurde durch

den Vertrag zu Uelzen am 15. Julius 1388 schließlich doch zu Gunsten derjenigen aufgegeben, welche ihr Recht aus dem Erbeinsetzungs-Vertrage ableiteten, den jener Lüneburger Herzog — Wilhelm mit den langen Beinen — auf Grund des Mainzer Erb-Lehnbriefs von 1235 am 23. Juni 1355 zu Celle errichtet hatte. Sollten also Braunschweigische Cognaten nach Maßgabe oben unter III erwähneter Ansichten die Vorschrift der Braunschweiger Landesverfassung über den unbedingten Vorzug des Mannsstammes wirklich nicht für sich verbindlich erachten, so werden dieselben zweifellos sich beugen vor der sechshundertjährigen Rechtsgewohnheit, von welcher jene Vorschrift lediglich der Ausdruck ist. Das Gegentheil ist 1861 zu einer Zeit, in welcher der Besitz des Herzogthums Braunschweig als Verbindung der damals völlig getrennten östlichen und westlichen Theile Preußens für dieses Königreich noch von unschätzbarem Werthe war, freilich dem Preussischen Königshause zugemuthet von Bohlmann durch die bekannte „Denkschrift über die prioritätischen Ansprüche Preußens an das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel.“ Das Preussische Königshaus gehört, wie schon aus den obigen Angaben über Heirathen von Prinzessinnen der jüngeren Braunschweig-Wolfenbüttel'schen Linie erhellt, zu den Cognaten des Herzogs Wilhelm und steht demselben, wie von Bohlmann mit Recht behauptet und von Zacharia<sup>30)</sup> u. E. missverständlich bestritten wird, cognatisch sehr viel näher, als das Hannoverisch-Englische Königshaus, welches keine Prinzessin jener Linie zu seinen Stammmüttern zählt, wenigstens in Hinsicht auf eine Erbfolge in Braunschweig es thut; denn die von Zacharia<sup>30)</sup> hervorgehobene Abstammung des Herzogs Wilhelm von seiner Großmutter Auguste, der Schwester Georg's III von England, konnte wohl dem Herzog Wilhelm auf andere Lande, nicht aber anderen Fürsten auf Braunschweig Erbrechte geben. Aber obwohl neben der Kaiserin Augusta, einer Urenkelin der oben erwähnten Anna Amalia, der Kronprinz Friedrich Wilhelm und dessen Kinder dem Herzog Wilhelm cognatisch noch bedeutend näher standen, als die übrigen Mitglieder des Preussischen Königshauses,

so hinterließ letzterer und zwar von Seiten seiner Väter her doch noch viele nähere Cognaten, wie aus der dritten Stammtafel erhellt. Jene Zumuthung ist daher jedenfalls unter anderm auch an die unrichtige Adresse gerichtet, da ja die näheren Cognaten die entfernteren ausschließen.

## VII.

Für den Fall des Abgangs ebengedachten Mannsstammes ist für Lande desselben, zu welchen unbestrittener Maßen das jetzige Herzogthum Braunschweig gehört, von Kaiser Maximilian II. für sich und seine Nachfolger am Reich, wie oben unter Nr. IV a. E. bereits erwähnt, an den Ahnherrn Kaiser Wilhelm's, den Kurfürsten Joachim II von Brandenburg nebst Nachfolgern am 10. Juni 1574 eine Lehns-Anwartschaft ertheilt worden. Ferner findet sich unter denjenigen Lehns-Anwartschaften, welche Kaiser Ferdinand II gleichfalls zu Gunsten bzw. zu Lasten der beiderseitigen Nachfolger am 23. August 1625 dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen ertheilte, eine Anwartschaft zweifelhafter Auslegung, welche indeß entweder auf andere derzeit welfische Gebiete als das jetzige Herzogthum Braunschweig oder nur für den jetzt offenbar nicht in Betracht kommenden Fall des Abgangs des Welfischen und des Brandenburg-Hohenzollern'schen Mannsstammes sich bezieht.

Man streitet, ob die Kaiser Maximilian II und Ferdinand II nach Maßgabe ihrer Wahlcapitulationen überhaupt derartige Lehns-Anwartschaften oder auch Eventual-Belehnungen mit ähnlichen Objecten ertheilen konnten; man streitet, ob durch kaiserliche Eventual-Belehnungen geschaffene bedingte Landesherren-Rechte an deutschen Territorien trotz der im Jahr 1806 erfolgten Auflösung des römischen Reiches deutscher Nation noch jetzt mit Eintritt der Bedingung zu wirksamen gegenwärtigen Rechten sich verwirklichen können; man streitet auch, wie oben schon erwähnt, ob Erbfolge-Rechte in Deutsche Lande noch gelten, welche durch die Verfassungen der letzteren ausgeschlossen sind. Sollte aber auch hinsichtlich aller dieser Streitfragen die Bejahung das richtige sein, so bleibt

das Recht der Braunschweig-Lüneburgischen Cognaten, nach dem Wegfall des welfischen Mannstammes in das Herzogthum Braunschweig zu folgen, offenbar unberührt durch die Anwartschaften vom 10. Juni 1574 und 23. August 1625.

Denn dieses Recht ist, wie wir sahen, klar wie irgend etwas begründet durch den Mainzer Erblehn-Brief vom August 1235, ist also älteren Ursprungs und, weil eines Ursprungs gleicher Art, folgeweise stärker, als die etwa aus jenen Anwartschaften abzuleitenden Rechte. Dies Recht ist auch nicht, wie Bohlmann geltend macht, im Laufe der Zeiten durch eine gegentheilige Gewohnheit untergegangen. Denn der Mannstamm Otto's des Kindes erlosch noch nicht; über eine beim Erlöschen desselben eintretende oder nicht eintretende Erbfolge des Weiberstammes wurde daher, wie auch Zachariä<sup>30)</sup> hervorhebt, noch niemals thatsächlich entschieden, also auch noch nicht so oft thatsächlich entschieden, daß von einer Gewohnheit gesprochen werden kann.

Sodann aber sind Lehns-Anwartschaften nicht Eventual-Belehnungen mit der Wirkung eines dinglichen Rechts an dem betreffenden Gegenstand; sie bewirken nur, daß die Anwärter eintretenden Falls von dem Verleiher oder dessen Nachfolgern die Verleihung des betreffenden Gegenstandes mittels persönlichen Anspruches verlangen können. So lange das römische Reich deutscher Nation bestand, gab es sonach allerdings auch für die Anwartschaften vom 10. Juni 1574 und 23. August 1625 noch immer einen Schuldner. Seitdem giebt es einen solchen nicht mehr und niemals wieder. Denn wie bekannt, hatte jenes Reich, als Kaiser Franz II im Jahre 1806 abdankte, keinen Gesamtnachfolger, und am allerwenigsten ist das neue Deutsche Reich ein solcher Nachfolger. Persönliche Ansprüche ohne einen Schuldner sind aber, wie begreiflich, gleich nichts.

### VIII.

Auch auf Grund von Lehns herrlichkeit scheint man — wenigstens in Zeitungsartikeln — der Krone Preußen ein Nach-

(584)

folgerecht in einen Theil des Herzogthums Braunschweig, nämlich in Stücke des Fürstenthums Blankenburg, beilegen zu wollen.

Das Fürstenthum Blankenburg besteht allerdings wesentlich aus den Gebieten der ehemaligen Grafen von Reinstein (Reinstein, Blankenburg und Heimburg), und diese Grafen trugen allerdings diese Gebiete nicht sämmtlich von den Welfen, sondern zu einem Theile auch vom Halberstädter Fürstbisthum zu Lehen; auch ist, als im Jahre 1599 der letzte Reinstener starb und die Grafschaft an die Lehnsherren heimfiel, der Halberstädter Theil ihres Gebietes nur dem Mannstamm der damaligen Wolfenbütteler Linie des Hauses Braunschweig-Lüneburg, welcher bereits im Jahre 1634 erlosch, von Seiten des Halberstädter Fürstbisthums verliehen worden,<sup>33)</sup> und Rechtsnachfolger dieses Fürstbisthums ist durch den Westfälischen Frieden bekanntlich Kurbrandenburg geworden. Es mag daher trotz des Laufes der Zeiten vielleicht noch möglich sein, Ansprüche der Krone Preußen auf die Domainen jener Halberstädter Lehnstücke des Fürstenthums Blankenburg mit mehr oder weniger Schein auszuführen. Ein Recht zur Nachfolge in die Landeshoheit über diese Stücke giebt es aber so wenig für die Krone Preußen als sonst für jemand noch als besonderes Recht. Denn es bilden nicht nur laut § 1 des mehr erwähnten Staatsgrundgesetzes die sämmtlichen Lande des Herzogthums Braunschweig einen untheilbaren Staat, sondern der Territorialbestand dieses Herzogthums ist durch die Verträge von 1866 und 1870 und durch die Deutsche Reichsverfassung ebenso garantirt, wie derjenige Preußens und der übrigen Deutschen Bundesstaaten.

### IX.

Nicht blos in Zeitungsartikeln, sondern auch in Reden und Akten von Volksvertretungen ist daran gedacht, daß der Hannoverische Zweig des Hauses Braunschweig-Lüneburg mit dem Thron von Hannover seine Rechte zur Nachfolge in das Herzogthum Braunschweig verloren und daß Preußen durch die Einverleibung

(585)

von Hannover diese Rechte erworben habe. Es kann kaum irgend ein Gedanke mehr als dieser gegen das verstoßen, was immer anerkannten Rechts in Deutschland gewesen. Erbfolgerechte in Landesherrschaften haben in Deutschland, worauf auch schon die Natur der Sache hinweist, niemals den Territorien oder Staaten, sondern stets nur den Fürstenfamilien zugestanden, und zwar hat es dabei niemals einen Unterschied gemacht, ob diese Familien zur Zeit des Erbfalles mit Souverainetät, bezw. Landeshoheit oder ohne solche regierten oder ob sie etwa apanagirt oder depoussirt waren. Neben den Erbfolgerechten der fürstlichen Familien gab und giebt es freilich in Deutschland vereinzelt auch Rechte von Territorien bezw. Staaten auf eventuelle Vereinigung größeren oder geringeren Grades, und ein Recht solcher Art stand auch den Landen Braunschweig und Hannover gegen einander zu. Aber der Fall, für welchen es allein bestand, kann nicht mehr eintreten und ist jedenfalls zur Zeit nicht gegeben.

In dem königlichen Hausgesetz für das Königreich Hannover vom 19. November 1836 heißt es nämlich nicht nur nach den oben unter Nr. V erwähnten Worten des § 2 über den eventuellen Uebergang jenes Königreichs auf den Mannstamm der Braunschweig-Wolfenbüttelschen Linie:

„und kann eine Trennung der solcher Gestalt wiedervereinigten Gesamtlande des Hauses niemals wieder Statt haben“,

sondern auch laut des a. a. O. größtentheils schon abgedruckten § 3:

„Ebenmäßig geht das Herzogthum Braunschweig, wenn der Mannstamm der Herzoglich Braunschweig-Wolfenbüttelschen Linie früher ausstürbe . . . auf die königliche Mannslinie und zwar auf den regierenden König über, und kann eine abermalige Trennung der wiedervereinigten Gesamtlande niemals wieder Statt haben.“

Hier ist also dem Staat Hannover für den Fall, daß er mit dem Staate Braunschweig durch Erbfolge des welfischen Manns-

stammes einen gemeinschaftlichen Landesherrn erhalten sollte, das Recht auf Fortdauer solcher Gemeinschaft bestellt worden. Dieser Fall ist unmöglich, so lange das deutsche Reich in seiner jetzigen Gestaltung bleibt. Jenes Recht ist also für den in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Rechtszustand Deutschlands erloschen, selbst wenn es sonst durch die Einverleibung auf den preussischen Staat hätte übergehen können.

Durch die Einverleibung aber sind auf den Preussischen Staat, bezw. die Krone Preußen nur übergegangene Rechte des Königreichs Hannover, bezw. Rechte, welche dem hannoverschen Zweige des Hauses Braunschweig-Lüneburg als Inhaber der Krone Hannover zustanden. Das Recht zur Nachfolge in das Herzogthum Braunschweig stand dieser Fürstenfamilie aber niemals als Inhaber jener Krone zu, sondern eben lediglich als einem Zweige des Hauses Braunschweig-Lüneburg, als fürstlichen Nachkommen Otto's des Kindes.

#### X.

Das Braunschweiger Staatsgrundgesetz beruft aber den Mannstamm und nach ihm den Weibestamm Otto's des Kindes nur sofern er aus rechtmäßiger, ebenbürtiger und hausgesetzlicher Ehe stammt.

Rechtmäßig ist eine fürstliche Ehe, wenn sie denjenigen Erfordernissen genügt, welche in dem Lande, dem sie angehört, überhaupt für Ehen gelten.

Ebenbürtig ist eine Ehe derjenigen, für welche in Deutschland der Begriff der Ebenbürtigkeit überhaupt von Rechts wegen besteht, mangels gegentheiliger Familiengesetze und mangels gegentheiligen Familien-Herkommens dann, wenn der andere Theil einer derjenigen fürstlichen Familien angehört, welche in einem Lande christlicher Kultur mit Souverainetät oder Landeshoheit herrschen oder geherrscht haben. Im Hause Braunschweig-Lüneburg gilt anerkannter Maßen in dieser Beziehung nicht etwa Ausnahmerecht, wie es allerdings jetzt weit verbreitet ist, sondern



das strenge Regelrecht. Doch gilt auch in diesem Regelrecht der Satz, daß die Frage, ob die Ehen, aus welchen der andere Theil stammt, lediglich nach dem in seinem eigenen Hause geltenden Rechte zu beurtheilen ist. Nicht ausgeschlossen von der Nachfolge in Braunschweig sind daher Mitglieder der so eben näher bezeichneten fürstlichen Familien, welche Damen von einfachem Adel zu ihren Stammmüttern zählen, wenn Ehen mit solchen Damen in ihren Familien kraft besonderen Gesetzes oder Herkommens als ebenbürtig gelten.

Nicht berufen zur Nachfolge in Braunschweig sind hiernach dagegen z. B., obwohl vom Mannsstamm Otto's des Kindes, die zur Ritterschaft des Fürstenthums Lüneburg gehörigen „Herren von Lüneburg,“ welche aus der rechtmäßigen und hausgesetzlichen, aber nicht ebenbürtigen Ehe stammen, die der im Jahre 1636 verstorbene Lüneburger Herzog August d. J. mit Ilse Schmidigen, des Amtmanns zu Ebstorf schöner Tochter eingegangen war. Nicht berufen würden hiernach auch sein etwa noch vorhandene Nachkommen des im Jahre 1849 verstorbenen englischen Obersten von Este, welcher einer ähnlichen Ehe des Herzogs Friedrich August von Saxe mit Lady Auguste Murray entsprossen war. Desgleichen würden nicht berufen sein etwaige Nachkommen der Ehe, welche Prinzess Friederike von Hannover mit dem Freiherrn Alfons von Pawel-Rammingen vor einigen Jahren eingegangen ist. Wahrscheinlich sind auch von der Nachfolge in Braunschweig ausgeschlossen, obwohl in Großbritannien thronfähig, die Kinder der Herzogin Mary von Teck, geborenen Prinzess Cambridge; denn ihr Gemahl entstammt der Ehe des Württembergischen Prinzen Alexander mit Gräfin Klau dine Rheden, und im Württembergischen Fürstenhause gilt dasselbe strenge Ebenbürtigkeits-Recht, wie — abgesehen von Großbritannien — im Hause Braunschweig-Lüneburg.

Hausgesetzmäßig aber ist eine fürstliche Ehe, wenn sie unter formeller Zustimmung des Chefs der Familie erfolgte. So verpflichtet Art. 1 des oben bereits erwähnten Hausgesetzes vom 13./24. Oktober 1831 die Prinzen und Prinzessinnen des Gesamt-

hauses Braunschweig-Lüneburg ausdrücklich zu „ihren Ehen die Einwilligung des regierenden Herrn ihrer Linie nachzusuchen“, und laut Art. 4 desselben Gesetzes „überträgt eine Ehe, welche ohne förmlich erfolgte Einwilligung des regierenden Herrn eingegangen worden ist, auf die darin erzeugten Kinder weder ein Successionsrecht in den zum Deutschen Bunde gehörenden Staaten des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg noch auch die Befugniß, sich des Ranges, Titels und Wappens des Durchlauchtigsten Hauses zu bedienen.“ Diese Bestimmungen sind es, auf Grund derer kürzlich ein Zeitungsartikel die Kinder des Herzogs von Cumberland von der Nachfolge in Braunschweig ausschließen wollte. Nichts kann unbegründeter sein, als solche Behauptung. Allerdings wird der Herzog von Cumberland zu seiner Ehe nicht die Einwilligung des Herzogs Wilhelm eingeholt haben. Aber dieser Einwilligung bedurfte es auch weder nach einer sonstigen Bestimmung noch nach jenen Art. 1 und 4. Herzog Wilhelm gehörte der älteren Braunschweiger Linie und der Herzog von Cumberland der jüngeren Hannoverischen Linie des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg an. Nur die Einwilligung des regierenden Herrn der eigenen Linie fordern aber die Art. 1 und 4, und soweit es einen solchen Herrn nicht mehr giebt, muß entweder an seine Stelle der sonstige Chef der eigenen Linie treten oder die ganze Vorschrift wegen nunmehrigen Mangels ihrer Voraussetzung in Wegfall kommen. Ersteres entspricht jedenfalls dem zu Grunde liegenden Gedanken, dessen Ausdruck seiner Zeit offenbar nicht zu eng erscheinen konnte. Chef der jüngeren Linie des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg war aber wenigstens in Deutschland, wie auch die zweite Stammtafel ergiebt, schon zur Zeit seiner Vermählung der Herzog von Cumberland selbst.

Das Erforderniß der Geburt aus rechtmäßiger und ebenbürtiger Ehe bestand für die Nachfolge in ein Fürstenthum schon zu Recht, als das Herzogthum Braunschweig-Lüneburg geschaffen wurde, und zwar in der eben angegebenen Weise, sofern man davon absieht, daß die Mehrzahl der späteren reichsgräflichen Familien

damals noch „freie Herren“ hießen. Das Erforderniß der Geburt aus hausgesetzmäßiger Ehe ist neueren Ursprungs, aber in den Fürstenhäusern Europas so allgemein, daß es schwerlich einem aus anderer Ehe neuerer Zeiten stammenden welfischen Cognaten einfallen möchte, der bezüglich der Vorschrift der Braunschweigischen N. L.-O. und des gemeinschaftlichen Hausgesetzes von 1831/32 die Anerkennung zu versagen.

XI.

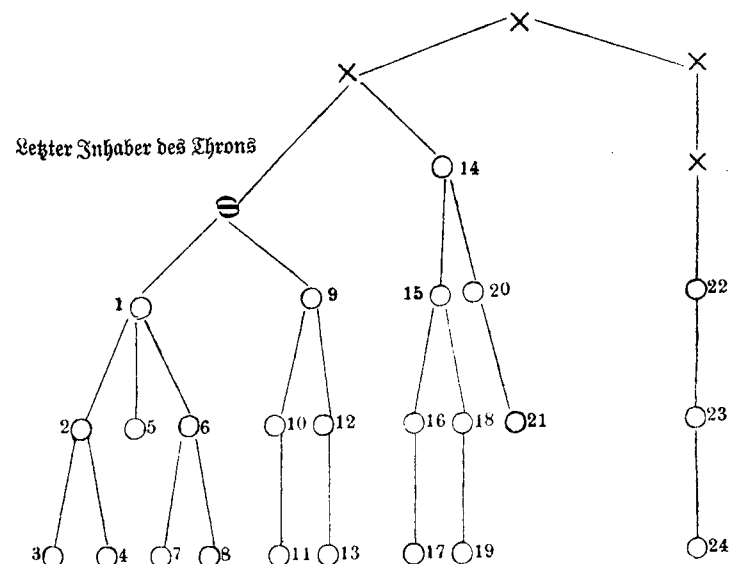
Das Braunschweiger Staatsgrundgesetz beruft den Mannsstamm und bei dessen Erledigung den Weiberstamm des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg nach der Lineal-Erbfolge und dem Recht der Erstgeburt.

Danach erhält allein der Nächstberufene die Landesherrschaft. Berufen aber ist danach der Mannsstamm des letzten Herzogs und innerhalb desselben zuvörderst die ältere Linie, innerhalb dieser zuvörderst die ältere Unter-Linie u. s. w., nach dem Mannsstamm des letzten Herzogs aber der übrige Mannsstamm seines Vaters in gleicher Weise, nach dem Mannsstamm seines Vaters der übrige Mannsstamm seines Vatersvaters in gleicher Weise, u. s. w. u. s. w. bis hinauf zu dem nicht bereits als Mannsstamm eines späteren Ahnherrn berufenen Mannsstamm desjenigen Ahnherrn der Familie, welcher als erster derselben die bezügliche Landesherrschaft erwarb. Nach Erledigung dieses gesammten Mannsstammes aber ist berufen zuvörderst der Weiberstamm des letzten Herzogs und innerhalb dieser zuvörderst die ältere Linie, innerhalb dieser zuvörderst die ältere Unterlinie u. s. w., nach dem Weiberstamm des letzten Herzogs der übrige Weiberstamm seines Vaters in gleicher Weise, nach diesem der Weiberstamm seines Vatersvaters in gleicher Weise u. s. w. bis zur Erledigung des gesammten Weiberstammes des ersten Erwerbers der bezüglichen Familie gleich wie beim Mannsstamm. Beim Weiberstamm, wie beim Mannsstamm schließen also insbesondere auch Aeltern ihre Kinder und ältere Geschwister die jüngeren aus. Die nachstehende Skizze eines Stammbaumes mag

(590)

(590)

das Gefagte sowohl für Mannstamm, wie Weiberstamm ver-  
deutlichen.



Die Zahlen geben die Reihenfolge an, in welcher die Personen, neben deren Zeichen sie stehen, nach der Lineal-Erbfolge mit Erstgeburts-Recht zur Erbfolge berufen sind. Nach dem gemeinen bürgerlichen Recht würde dagegen z. B. Nr. 20 mit Nr. 15 gleichberechtigt sein und Nr. 16, 17, 18 und 19 ausschließen, Nr. 21 mit Nr. 16 und 18 gleichberechtigt sein und Nr. 17 und 19 ausschließen und Nr. 22 mit den letzteren beiden gleichberechtigt sein, während nach Lehnsrecht z. B. Nr. 17 durch Nr. 18 ausgeschlossen sein würde.

Freilich sind die Lehrer des Staatsrechts sehr uneinig darüber, ob und inwieweit mangels besonderen Gesetzes oder Herkommens beim Eintritt eines Weiberstammes männliches Geschlecht einen Vorzug giebt vor weiblichem. Die Braunschweiger N. L.-D. fügt aber ihrer Vorschrift über Lineal-Erbfolge und Erstgeburts-Recht die Bestimmung an, daß die „Regierung auf die weibliche Linie nach gleichen Grundfägen übergeht“, und mit Hermann Schulze,

Deutsches Staatsrecht B. 1 S. 237 Anm. 1 ist daher anzunehmen, daß der in Braunschweig zur Thronfolge berufene Weiberstamm in der Weise berufen ist, als wenn seine Mitglieder zur Zeit sämmtlich Männer wären. Sollte indeß eine Familie dieses Weiberstammes auf den Braunschweiger Thron gelangen, so würde innerhalb dieser Familie alsbald wieder der Mannesstamm den unbedingten Vorzug vor dem Weiberstamm haben; solches ist unbestrittener Maßen gemeines Deutsches Recht und ergiebt sich auch klar als Braunschweiger Recht aus § 14 N.L.-D.

Das Recht der Erstgeburt ist für das Herzogthum Braunschweig zwar nicht durch die Neue Landschafts-Ordnung eingeführt, aber doch erst im Laufe der allerletzten Jahrhunderte nach und nach festgestellt worden, wird aber, da dasselbe jetzt mit Ausnahme der Türkei in sämmtlichen Monarchien Europas Rechtens ist, ohne Zweifel auch von dem eigensinnigsten Nachkommen Otto's des Kindes für das Herzogthum Braunschweig nicht bestritten werden. Auch die reine Lineal-Erbfolge ist nicht von jeher hinsichtlich der Lande des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg unbestrittenen Rechtens gewesen. Als die ältere Lüneburger Linie, wie erwähnt, 1369 und als die Grubenhagensche Linie 1596 im Mannsstamm erloschen war, wurde z. B. nicht nach dieser Ordnung in die herrenlos gewordenen Lande gefolgt. Wohl aber geschah dies, als 1463 die Göttinger Linie mit Otto dem Einäugigen, 1584 die Kalenberg-Göttinger Linie mit Erich dem Jüngeren, 1634 die mittlere Braunschweigische Linie mit Friedrich Ulrich und 1735 der ältere Zweig der neuen Braunschweig-Wolfenbüttelschen oder Dannenberger Linie mit dem letzten Sohne Anton Ulrich's im Mannsstamm erlosch; auch geschah es alle drei Mal, als 1648, 1665 und 1705 ein zu Celle residirender Herzog ohne Söhne verstarb. Desgleichen ist die Lineal-Erbfolge als Ordnung der Staats-Succession in allen oder doch fast allen Deutschen Staaten anerkannt, so z. B. in Preußen durch Art. 53, in Baiern durch § 2, im Königreich Sachsen durch § 6, in Württemberg durch § 7, in Hessen durch § 5, in Meinin-

gen durch § 3, in Altenburg durch § 13, in Koburg und Gotha durch § 6, in Schwarzburg-Sondershausen durch § 50, in Neuchâtel durch § 45, in Waldeck durch § 15 des bezüglichen Verfassungsgesetzes. Die Lineal-Erbfolge würde daher auch abgesehen von der N.L.-D. hinsichtlich des Herzogthums Braunschweig für Rechtens zu halten sein und wird ohne Zweifel von jedem Braunschweiger Erbberechtigten dafür anerkannt, wenn dieser auch fälschlich meinen sollte, es könnten seine Erbrechte durch die Landesgesetzgebung keinerlei Beeinträchtigung erleiden.

Da nun laut der zweiten Stammtafel der nächste welfische Ahnherr Herzog Wilhelms, von welchem fürstlicher Mannsstamm vorhanden, der im Jahre 1546 verstorbene Ernst der Bekenner von Lüneburg ist, so ist dieser Mannsstamm zur Nachfolge des Herzogs Wilhelm in der Braunschweiger Landesherrschaft zunächst berufen. Wie dieselbe Tafel weiter ausweist, bestehen von solchem Mannsstamm und zugleich auch vom gesammten fürstlichen Mannsstamm Otto's des Kindes nur noch die beiden Linien Cumberland und Cambridge, jenes die ältere, dieses die jüngere, die ältere zur Zeit nur vertreten durch den als Kronprinz von Hannover geborenen Herzog Ernst August und dessen vierjährigen Sohn, die jüngere gar nur noch vertreten durch den bereits 65 jährigen, aber unvermählten Herzog Georg. Die drei soeben genannten Fürsten sind daher, und zwar in der Reihenfolge, in welcher sie genannt, die nächsten zum Thron von Braunschweig. —

In dem, wie noch zu erörtern, nicht wahrscheinlichen Fall, daß die Berufung aller drei genannten Fürsten aus besonderen Gründen als rechtsunwirksam sich herausstellen sollte, würde weiter also der Weiberstamm des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg berufen sein und zwar mangels fürstlicher Nachkommen des Herzogs Wilhelm und seines Vaters zunächst der Weiberstamm seines Großvaters Karl Wilhelm Ferdinand, also laut der dritten Stammtafel die fürstlichen Nachkommen der im Jahre 1788 verstorbenen Herzogin Auguste von Württemberg, welche dort sich verzeichnet

finden, und sodann der dort wenigstens angedeutete Weiberstamm Karl's I von Braunschweig, des welfischen Urgroßvaters Herzog Wilhelm's, weiter sodann der dort gleichfalls angedeutete Weiberstamm seines welfischen Urenkelvaters Ferdinand Albrecht II von Bevern, u. s. w. u. s. w. der welfische Weiberstamm bis hinauf zu demjenigen der jüngsten Tochter Otto's des Kindes.

Diese Fürsten-Familien sind aber, wie zur Vermeidung von Mißverständnissen nochmals hervorgehoben wird, zur Braunschweiger Thronfolge auf solche Weise einzig und allein in dem soeben bezeichneten unwahrscheinlichen Falle und insbesondere nicht dann berufen, wenn etwa demnächst der Weiberstamm des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg den Herzogen von Cumberland oder Cambridge in der Braunschweiger Landesherrschaft nachzufolgen haben sollte. —

## XII.

Laut des Braunschweiger Staatsgrundgesetzes wird die Regierung des Landes im Gesamtthause Braunschweig-Lüneburg „**vererbt**“.

„Vererbt“ wird auf zweierlei Weise. Entweder gehen mit der Entstehung des Erbrechts, — mit der Berufung, wie die Juristen sagen — also regelmäßig mit dem Tode des Erblassers die den Gegenstand des Erbrechts bildenden Befugnisse auf den Berufenen von selbst auch ohne dessen Willen und Wissen über, oder es muß, damit der Berufene diese Befugnisse erwirbt, noch dessen Wille, der Berufung gemäß zu erben, und die Erklärung solchen Willens hinzukommen. Die erste Art ist die regelmäßige im germanischen, die zweite die regelmäßige im römischen Recht. Die erste gilt daher nicht nur im Lehnrecht und sonstigen germanischen Güterrechten, sondern auch im gemeinen Deutschen Staatsrecht, und sie ist daher ohne Zweifel auch in § 14 N.L.D. gewollt und gesetzt.

Wer also zur Nachfolge in der Braunschweiger Landesherrschaft als nächster berufen ist, erwirbt diese Landesherrschaft daher

beim Tode des bisherigen Landesherrn von Rechts wegen ohne Weiteres, insbesondere ohne zu erklären, daß er nachfolgen wolle, ja ohne nur um seine Berufung zu wissen.

Wenn daher z. B. die Berufung des Herzogs von Cumberland und auch diejenige seines Sohnes aus besonderen Gründen rechtlicher Wirksamkeit entbehren sollte, so würde der Herzog von Cambridge seit 18. Oktober 1884 von Rechts wegen Braunschweiger Landesherr gewesen sein und daher eine dann etwa erforderliche Nachfolge des Weiberstammes nach seiner Person sich richten, einerlei, ob er bei Feststellung der gedachten Möglichkeit etwa nicht mehr unter den Lebenden weilte. Wenn aber der Weiberstamm des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg zu einer Nachfolge des Herzogs von Cambridge in der Braunschweiger Landesherrschaft berufen sein sollte, so würde, wie die vierte Stammtafel ergiebt, zunächst der Weiberstamm seines Vaters berufen sein, also zunächst die Großherzogin Auguste von Mecklenburg-Strelitz nebst Sohn und Enkeln und sodann die Herzogin Mary von Teck, nach obiger Nr. X wahrscheinlich ohne ihre Kinder. Wie die vierte Stammtafel weiter ergiebt, würde solchen Falls nach dem Weiberstamm des Vaters des Herzogs von Cambridge der übrige Weiberstamm Georg's III. von Großbritannien und Hannover, seines Großvaters, berufen sein und in diesem Stamm zunächst die Kent'sche Linie, nämlich die Königin Viktoria mit ihren Nachkommen und unter letzteren zunächst die Kronprinzessin des Deutschen Reiches mit ihren Kindern und Enkeln. Erst nach dieser Kent'schen Linie würde die Cumberland'sche solchen Falls berufen sein; sie ist die jüngere, wie gleichfalls die vierte Stammtafel ausweist.

Befugnisse zu haben, wird aber Niemand vom Rechte gezwungen. Wer also, insbesondere etwa kraft erbrechtlicher Berufung, Befugnisse — seien sie Eigenthum u. dgl. oder Regierungsrechte — von selbst erwirbt, kann diesen Erwerb als wie nicht geschehen rückgängig machen, indem er erklärt die bezüglichlichen Befugnisse nicht haben zu wollen. Jeder Deutsche und insbesondere jeder Braunschweiger Thronfolger kann daher seiner Berufung die

Wirksamkeit dadurch entziehen, daß er erklärt die Landesherrschaft, zu der er berufen, nicht haben zu wollen. Dieser Nächsterberufene gilt solchen Falls nicht als Landesherr geworden und die Thronfolge richtet sich nicht nach seiner Person, sondern weiter nach der Person des bisherigen Landesherrn; es kommt nunmehr der zur Nachfolge dieses letzteren nach jenem zunächst berufene Agnat, bez. Cognat in Betracht, und zwar ist für dessen Rechtsverhältnisse gleichfalls die Todeszeit des bisherigen Landesherrn die maßgebende.

Die betreffende Willens-Erklärung kann ferner auch rechtswirksam für den Berufenen von dessen rechtl. Vertreter abgegeben werden, also insbesondere für einen Prinzen unter 18 Jahren je nach seinem Alter ohne oder unter seiner Mitwirkung von seinem Vater oder seiner Vormundschaft. Das vollendete 18. Lebensjahr wird hier für die Prinzen aller Staaten die Gränze zu bilden haben; denn der Betreffende ist nach dem Braunschweiger Recht, wie wir sahen, Braunschweiger Landesfürst sofern nicht der Wille, es nicht zu sein, rechtswirksam erklärt wird, und der Braunschweiger Landesfürst wird nach § 18 N. L. O. mit dem vollendeten 18. Lebensjahre volljährig.

Etwas wollen, aber es anders wollen, als es angeboten wird, ist nicht das Angebotene wollen. Wer also in ein Landesfürstenthum anders, als der Berufung gemäß folgen will, der will nicht folgen im Sinne der Berufung. So folgt auch anerkannter Maßen derjenige nicht in einen bürgerlichen Nachlaß, welcher zwar die dazu gehörigen Sachen und Forderungen haben will, aber nur unter der Bedingung, daß er Schulden und Vermächtnisse nicht zu berichtigen brauche.

Der Nachfolger eines Deutschen Landesfürsten erhält aber, wie unbestritten Rechtens, das Landesfürstenthum nur so, wie es zuletzt beim Vorgänger war, mag auch sein Recht zur Nachfolge in Zeiten wurzeln, in welchen das Landesfürstenthum einen ganz anderen Inhalt hatte, als zur Zeit seiner Berufung. Der Braunschweiger Landesfürst des Mittelalters war ein Vasall des römischen Reiches Deutscher Nation, gegenüber den Prälaten, dem

Nob. und den größeren Städten seines Landes von höchst beschränkter, seinen übrigen unmittelbaren Unterthanen gegenüber von ziemlich unbeschränkter Gewalt. Der Braunschweiger Landesfürst späterer Jahrhunderte war ein Vasall des römischen Reiches Deutscher Nation mit bestimmten Rechten zur Mitwirkung bei der Regierung desselben und bestimmten wenigen Pflichten gegen dasselbe und von einer gegenüber allen Klassen seiner Unterthanen nur wenig beschränkten Gewalt. Der Braunschweiger Landesfürst von der Zeit der Befreiungskriege bis zur Neuen Landschafts-Ordnung war ein nur in wesentlich mittelalterlicher Weise beschränkter Souverain mit lediglich vertragsmäßigen Pflichten gegen die im Deutschen Bund nur völkerrechtlich vereinigten Staaten. Der Braunschweiger Landesfürst von der Zeit der Neuen Landschafts-Ordnung bis ins Jahr 1866 hinein, abgesehen von den Jahren 1848—50, war ein durch moderne Verfassung und insbesondere Volks-Vertretung beschränkter Souverain mit den eben gedachten vertragsmäßigen Pflichten. Seit (1866 bezw.) 1871 ist der Braunschweiger Landesfürst ein durch moderne Verfassung und insbesondere Volksvertretung beschränkter (Norddeutscher bezw.) Deutscher Bundesfürst, Mit-Inhaber der durch den Bundesrath und wesentlich noch durch (das Präsidium, bezw.) den Kaiser ausgeübten, auch seinem Landesfürstenthum übergeordneten Souveränität des (Norddeutschen Bundes, bezw.) Deutschen Reiches (welcher bezw.) welches, wie der Art. 6 seiner Verfassung ergiebt, die Lande Hannover, Holstein, Hessen-Kassel und Nassau nicht mehr als Staaten und Bundesglieder, sondern nur noch als Theile von Preußen kennt. Ein solcher Bundesfürst ist der Braunschweiger Landesfürst auch nicht etwa nur nach dem Rechte des Norddeutschen Bundes, bezw. des Deutschen Reiches geworden; sondern er ist es auch geworden nach dem bisherigen besonderen Recht des Staates Braunschweig, welchem unmöglich irgend ein Welfischer Agnat oder Cognat die Anerkennung weigern kann. Die Braunschweiger Landstände haben derjenigen Verfassung, welche zwischen den Deutschen Regierungen

und dem constituirenden Reichstag des Norddeutschen Bundes auf Grund des Bündnißvertrages vom 18. August 1866 vereinbart werden würde, die derselben von den meisten anderen Deutschen Landständen erst nachträglich erteilte Genehmigung schon im Voraus erteilt, und der Herzog von Braunschweig hat demgemäß diese Verfassung — die Verfassung des Norddeutschen Bundes — mittels Patentes vom 15. Juni 1867 in ordnungsmäßiger Weise wie ein Braunschweiger Landesgesetz bekannt gemacht. Die Deutsche Reichs-Verfassung ist sodann im Gebiete des Norddeutschen Bundes, insbesondere auch im Lande Braunschweig, auf diejenige Weise Gesetz geworden und als Gesetz verkündet, welche durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes hinsichtlich derartiger Verfassungs-Änderungen vorgeschrieben war.

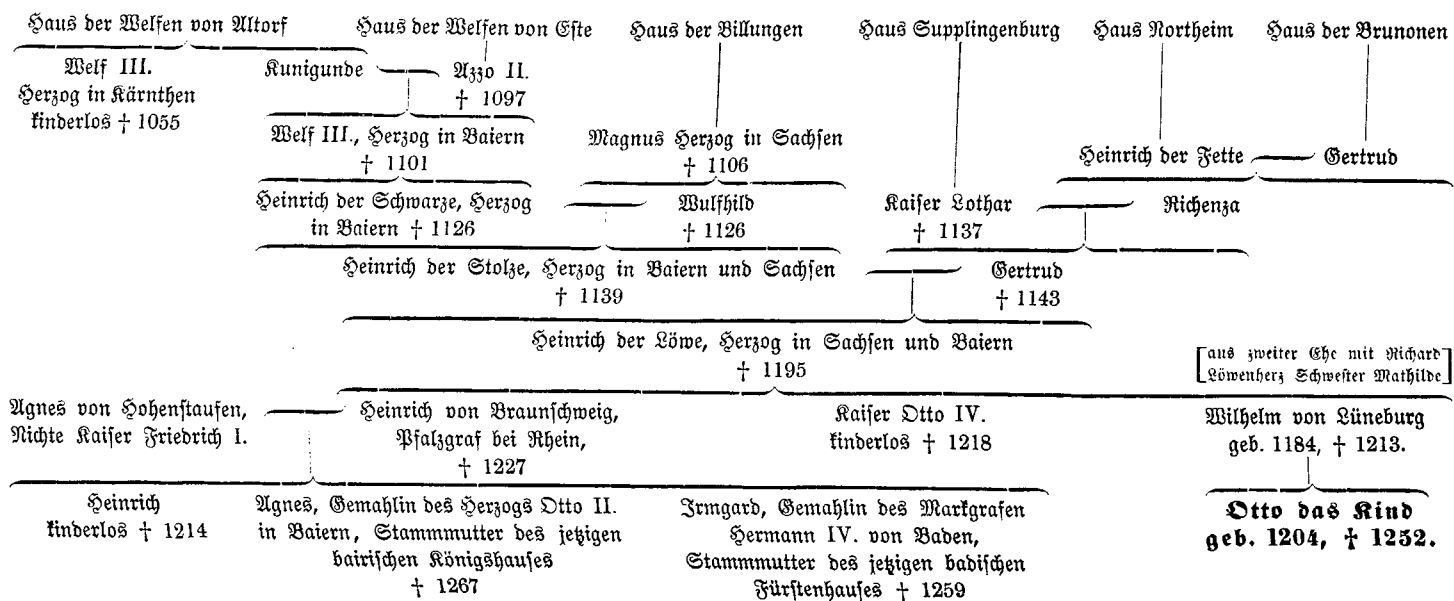
Nur zu einem Landesfürsten letzterer Art, also insbesondere auch nur zu einem Landesfürsten, welcher zugleich Bundesfürst ist und die Einverleibungen des Jahres 1866 bedingungslos anerkennt, wird nach dem in ganz Deutschland in anerkannter Wirksamkeit stehenden Recht derjenige berufen, welcher zur Nachfolge in das Herzogthum Braunschweig berufen wird. Wer also nicht Landesfürst letzterer Art werden, insbesondere somit, wer das Deutsche Reich und dessen Verfassung und Einrichtungen oder Verfügungen nicht anerkennen, und ganz besonders also, wer die Einverleibungen von 1866 nicht gelten lassen will, der will, mag er auch sonstwie Herzog von Braunschweig werden wollen, dies jedenfalls nicht in der allein der Berufung entsprechenden und daher rechtlich allein zulässigen und allein wirksamen Weise. Sollte daher Braunschweiger Regenthschaftsrath, bez. Regent, Braunschweiger Landesversammlung und Deutscher Bundesrath etwa dahin befinden, daß der Herzog von Cumberland in der eben bezeichneten Art für sich und seinen Sohn Erklärungen abgegeben habe, so würde u. G. nicht die Regenthschaft fortzusetzen sein bis zu gegentheiligen Erklärungen oder bis zum Tode des letzten dieser beiden Fürsten, sondern es würde vielmehr der Herzog von Cambridge als von

Rechtswegen seit 18. Oktober 1884 Braunschweiger Landesherr zu gelten haben.

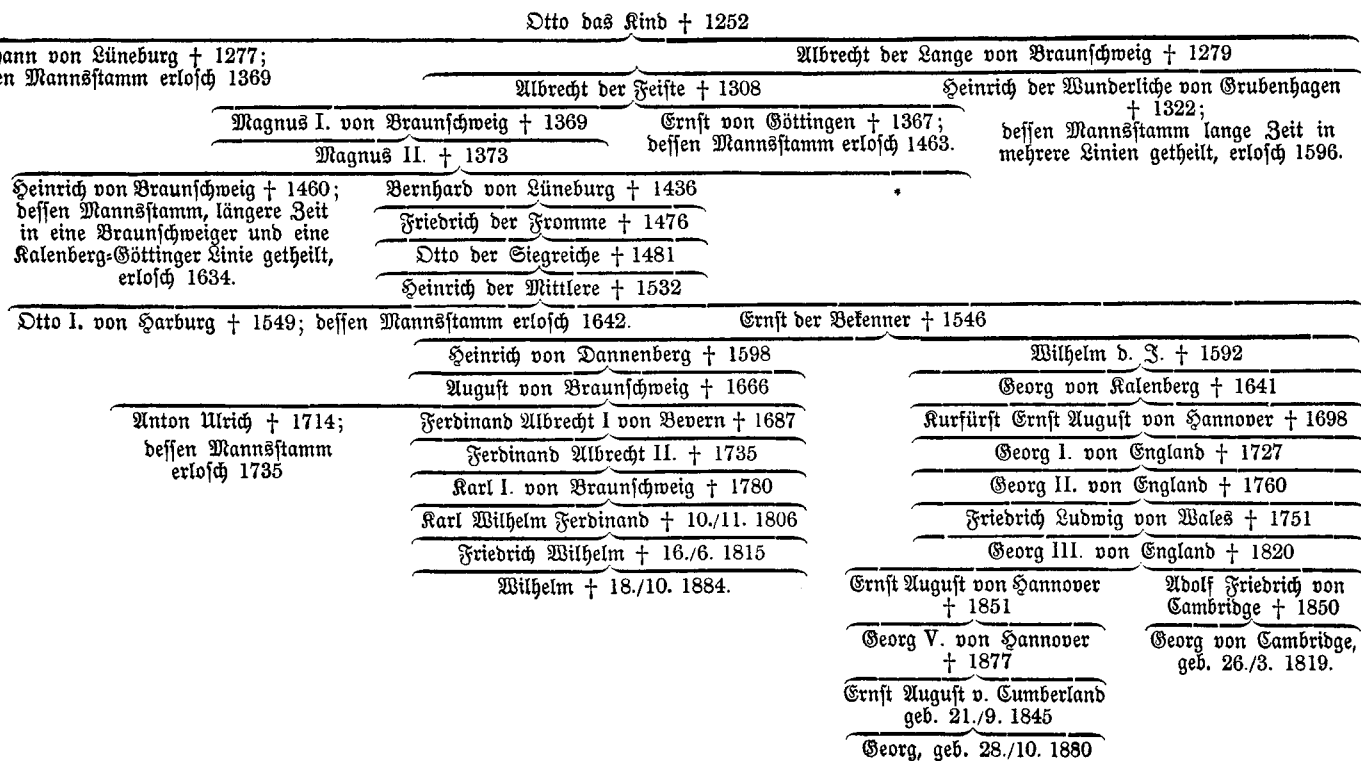
Wenn aber Regenthschaftsrath bezw. Regent, Landesversammlung und Bundesrath dahin befinden sollten, daß der Herzog von Cumberland zwar für sich, nicht jedoch für seinen Sohn Erklärungen der bezeichneten Art abgegeben habe, so würde dieser vierjährige Prinz als von Rechtswegen seit 18. Oktober 1884 Braunschweiger Landesherr zu gelten haben. Solchen Falls würden die §§ 15 — 22 N. L. = D. in Wirksamkeit treten. Es würde insbesondere kraft des § 18 zunächst als einziger Agnat der Herzog von Cambridge, sodann als Großmutter väterlicher Seits die verwittwete Königin Marie von Hannover und, sobald sie Wittwe würde, vor ihr als Mutter die Herzogin Thyra von Cumberland zur vormundschaftlichen Regenthschaft in Braunschweig berufen sein; erst wenn eine solche Regenthschaft des § 18 nicht zu Stande käme, würde kraft § 19 N. L. = D. ein vormundschaftlicher Regent aus den volljährigen, nicht regierenden Prinzen der zum Deutschen Reiche gehörigen Fürstenhäuser von der Braunschweiger Landesversammlung auf den Vorschlag des Staatsministeriums zu wählen sein.

Wenn aber der Herzog von Cumberland oder sein Sohn Landesherr von Braunschweig sein oder werden und etwa aus ihrer Person dem Weiberstamm des Gesamtthauses Braunschweig-Lüneburg die Nachfolge in Braunschweig eröffnet werden sollte, so würde dieser Weiberstamm alsdann in nachstehender Ordnung berufen sein: 1) die Töchter des Herzogs von Cumberland nach ihrem Alter, 2) dessen Schwestern in gleicher Weise, 3) die Königin Viktoria mit allen ihren Nachkommen, unter diesen zunächst die Kronprinzessin von Preußen mit ihren Kindern und Enkelkindern, 4) die Großherzogin Auguste von Mecklenburg-Strelitz mit Sohn und Enkelkindern, 5) die Herzogin Mary von Teck, wahrscheinlich ohne ihre Kinder, 6) der übrige Weiberstamm König Georgs III. von Großbritannien und Hannover u. s. w. u. s. w. u. s. w. Auch dies alles ergiebt sich aus der vierten Stammtafel und dem Obigen.

## Uebersicht der Ahnen und nächsten Verwandten Otto's des Kindes.



## Uebersicht des Mannsstammes Otto's des Kindes.



## Anmerkungen.

- 1) Regent heißt der während andauernder Behinderung eines Souverains denselben in der Regierung vertretende Zwischenherrscher.
- 2) Ferdinand Albrecht II von Bayern, Urgroßvater Herzog Wilhelm's.
- 3) August Ferdinand, am 2. Juli 1704 gegen die Franzosen beim Schellenberg gefallen, und Heinrich Ferdinand, am 7. September 1706 gegen die Franzosen bei Turin gefallen, beides Großsöhne von Karl Wilhelm Ferdinand.
- 4) Elise Christine, Tochter Ludwig Rudolfs von Blankenburg, Gemahlin Kaiser Karls VI.
- 5) Swan IV., am 5. Dezember 1764 im Kerker erbrockelt, Vetter K. W. F.'s
- 6) Charlotte, Tochter Ludwig Rudolfs von Blankenburg, Schwiegertochter Peters d. G., Mutter Peters II.
- 7) Juliane Marie, zweite Gemahlin Friedrich's V., Tante K. W. F.'s
- 8) Friedrich Karl Ferdinand, Vetter K. W. F.'s
- 9) Karoline, Gemahlin Georg's IV., Tochter K. W. F.'s
- 10) Ludwig Ernst, Regierungs-Vormund des späteren Erbstatthalters Wilhelm's V., Oheim K. W. F.'s
- 11) Anna Amalia, von 1758 bis 1775 Vormünderin-Regentin von Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwester K. W. F.'s
- 12) Elisabeth Christine, Gemahlin Friedrich's d. G. und Christine Ulrike, erste Gemahlin Friedrich Wilhelm's II, jene eine Tante, diese eine Schwester K. W. F.'s
- 13) Luise Amalie, Prinzess von Preußen, Mutter Friedrich Wilhelm's II., eine Tante K. W. F.'s
- 14) Ferdinand, der Sieger von Krefeld und Minden, und sein Neffe Karl Wilhelm Ferdinand, wegen seiner Thaten im siebenjährigen Kriege von Friedrich d. G. dichterisch gepriesen.
- 15) August Wilhelm, Friedrich Karl Ferdinand und Friedrich August, letztere beide Oheime K. W. F.'s
- 16) a. Albrecht, gefallen bei Soor am 30. September 1745, Oheim K. W. F.'s
- b. Friedrich Franz, gefallen bei Hochkirch am 14. Oktober 1758, gleichfalls Oheim K. W. F.'s
- c. Albrecht Heinrich, an den Wunden von Billingshausen gestorben am 5. Juli 1761, Bruder K. W. F.'s
- d. Wilhelm Adolf, gestorben 1770 an den Strapazen des damaligen russischen Türkenkrieges, gleichfalls Bruder K. W. F.'s

- e. Leopold, bei der Rettung Ueberschwemmter zu Frankfurt in der Oder ertrunken am 27. April 1785, gleichfalls Bruder K. W. F.'s.
- f. Friedrich Wilhelm, der bei Quatrebras gefallene.
- 17) Man sehe die vierte Tafel.
- 18) Schlesische Zeitung vom 22. Oktober 1884 Nr. 744 und vom 1. November 1884 Nr. 769 Bl. 2.
- 19) Thronlehen heißt ein fürstenmäßiges Lehen, welches den Landesherren zum unmittelbaren Lehnsherrn hat und unter besonderen Förmlichkeiten verliehen wird.
- 20) Hierüber, sowie über das Nächste ist besonders zu vergleichen die im Jahre 1868 zu Breslau erschienene Schrift des bekannten Staatsrechtslehrers Hermann Schulze „Die Succession im Fürstenthum Dels“
- 21) Karl Christian Erdmann aus der julianischen Linie der Herzöge von Württemberg und Teck, gestorben 14. Dezember 1792.
- 22) Fried. Sophie Charl. Auguste, gestorben 7. November 1789.
- 23) Friedrich August von Braunschweig-Dels, ein Liebling Friedrich's d. G., gestorben 8. Oktober 1805.
- 24) S. Schlesische Zeitung vom 11. November 1884 Nr. 793 Bl. 2.
- 25) S. Schlesische Zeitung vom 19. Oktober 1884 Nr. 736 Bl. 3.
- 26) S. Schlesische Zeitung vom 23. Oktober 1884 Nr. 745
- 27) Braunschweiger Neue Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832.
- 28) Landesversammlung heißt in Braunschweig die (in einer Kammer vereinigte) Volksvertretung; s. N. L. D. §§ 57 f. und Gesetz vom 22. November 1851.
- 29) S. Schlesische Zeitung vom 24. Oktober 1884 Nr. 748 Bl. 2.
- 30) Die Urkunde vom 12. August 1235, sowie die weiterhin angeführten Urkunden finden sich abgedruckt in den Beilagen des bekannten Buches G. A. Zachariä's: „Das Successionsrecht im Gesamthause Braunschweig-Lüneburg und der ausschließliche Anspruch Hannovers auf das zur Erledigung kommende Herzogthum Braunschweig“ (Leipzig, Hahn 1862). Auch den Ausführungen dieses Buches ist die gegenwärtige Schrift in vielen Stücken gefolgt
- 31) „Sammtlehen“ d. h. Gesammt-Lehen, das gesammte Lehnsherrzogthum Braunschweig-Lüneburg.
- 32) Während Agnaten die Glieder eines Mannsstammes d. h. Männer sind, welche in ununterbrochener Folge durch Männer vom bezüglichen Stammvater abstammen, sind Cognaten die übrigen Nachkommen, also Weiber und solche Männer, deren Abkunft vom bezüglichen Stammvater nur oder auch durch Weiber vermittelt wird; sie bilden den „Weiberstamm“.
- 33) Die Urkunden finden sich z. B. abgedruckt bei Lünig, corpus juris feudalis B. 2 S. 1158 ff.



## Uebersicht des Inhalts.

	Seite
I. Herzog Wilhelm's Tod, Familie und Hinterlassenschaft . . .	3— 6
II. Provisorische Regierung und etwaige Prinz-Regenten von Braunschweig . . . . .	7—11
III. Das Verfahren über die Thronfolge und die Normen für letzte . . . . .	11—15
IV. u. V. Zur Thronfolge in Braunschweig sind berufen die Nach- kommen Otto's des Kindes . . . . .	15—24
VI. Auch der Weiberstamm nach dem Mannstamm . . . . .	24—27
VII, VIII, IX. Niemand anders . . . . .	27—31
X. Nur Fürsten aus rechtmäßiger, ebenbürtiger und hausgesetz- licher Ehe . . . . .	31—34
XI. Die Berufung erfolgt nach der Lineal-Erbfolge und dem Recht der Erstgeburt . . . . .	34—38
XII. Der nächstberufene Fürst wird von Rechts wegen Landesherr auch ohne sein Wollen und Wissen, aber nicht bei wider- sprechender Willenserklärung . . . . .	38—43

### Stammtafeln:

1. Uebersicht von den Ahnen und nächsten Verwandten Otto's des Kindes . . . . .	44
2. Uebersicht vom Mannstamm Otto's des Kindes . . . . .	45
3. Uebersicht vom Weiberstamm der nächsten welfischen Ahn- herren Herzog Wilhelm's. . . . .	
4. Uebersicht vom Weiberstamm der nächsten welfischen Ahn- herren der Herzoge von Cumberland und von Cambridge. . . . .	
Anmerkungen . . . . .	46—47

# Uebersicht des Weiberstammes der nächsten welfischen Ahnherren Herzog Wilhelm's.

Ferdinand Albrecht II. von Bayern, 1735 reg. Herzog von Braunschweig † 1735			
Luiſe Amalie, Prinzefſ von Preußen † 1780 Stammutter des geſammten jetzigen Preußiſchen Königshauses	Sophie, Herzogin von Sachſen-Salfeld † 1802 Stammutter des geſammten Hauſes Koburg-Gotha	Karl I. von Braunschweig-Wolfenbüttel † 1780	Therese, Königin von Dänemark † 1796, durch die Landgräfliche Familie von Heſſen-Philippſthal Stammutter des jetzigen Däniſchen Königshauses
Anna Amalie, Herzogin von Sachſen-Weimar † 1807, Stammutter des Großherzoglich Sächſiſchen Hauſes, inſbeſondere auch der Prinzefſ Karl von Preußen und der Kaiſerin Auguſta	Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel † 11./10. 1806		
Auguſte, Herzogin von Württemberg † 1788		[ Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Deſs † 15./6. 1815 ]	
König Wilhelm I. von Württemberg † 1864	Königin Katharina von Weſtſalen † 1835	Herzog Paul von Württemberg † 1852	[ Wilhelm † 18./10. 1884. ]
Marie, Wittwe des Grafen Alfred Meiperg	Katharina, Herzogin Friedrich von Württemberg Wilhelm Thronfolger in Württemberg 1 Tochter	König Karl von Württemberg	Prinzeß Hermann von Sachſen- Weimar Erbgroßherzogin Pauline von Sachſen-Weimar 2 Söhne
		außerdem 4 Söhne und 1 Tochter	
		Kathilde Napoleon 3 Kinder	
		Großfürſtin Michael von Rußland † 1873 Herzogin-Wittwe Georg von Mecklenburg-Strelitz 1 Tochter und 2 Söhne	Herzogin Pauline von Naſſau † 1856 Fürſtin Helene v. Waldeck 5 Kinder u. 4 Enkelkinder Nikolaus Sophie Königin von Schweden 4 Söhne u. 1 Enkelkind

## Uebersicht des Weiberstammes der nächsten welfischen Ahnherren der Herzöge von Cumberland und von Cambridge.

Ernst August, erster Kurfürst von Hannover † 1698			
Georg I. von England und Hannover † 1727		Charlotte Sophie, Gemahlin Friedrichs I. von Preußen † 1705 Stammutter des Preußischen Königshauses	
Georg II. von England und Hannover † 1760		Sophia Dorothea, Gemahlin Friedrich Wilhelms I. von Preußen † 1757 Stammutter des Preußischen Königshauses	
Friedrich Ludwig, Prinz von Wales † 1751	Anna, Gemahlin Wilhelms IV. von Oranien † 1759 Stammutter des Niederländischen Königshauses	Marie, Gemahlin Friedrichs II. von Heſſen-Cassel † 1772 Stammutter der Linien Heſſen-Cassel und Heſſen-Cassel-Kumpenheim.	Luiſe, erste Gemahlin Friedrichs V. von Dänemark † 1751 Stammutter der Augustenburger.
Georg III. von England und Hannover † 1820	Auguſte, Gemahlin Karl Wilhelm Ferdinands von Braunschweig † 1813 Herzogin Auguſte von Württemberg † 1788 (ihre Nachkommen ſ. in voriger Taſel)	[ Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Deſs † 16./6. 1815 ] [ Wilhelm † 18./10. 1884 ]	Karoline Mathilde, Gemahlin Chriſtian's VII. von Dänemark † 1775 die durch Struenſee berühmt gewordene Stammutter der Augustenburger
Herzog Eduard von Kent † 1820	Herzog Ernst August von Cumberland, König von Hannover † 1851	Herzog Adolf von Cambridge, Vizekönig von Hannover † 1850	
Königin Viktoria von England	Georg V. von Hannover † 1877	Herzog Georg von Cambridge geb. 26./3. 1819.	Großherzogin Auguſte von Mecklenburg-Strelitz Erbgroßherzog Adolf Friedrich
Victoria, Kronprinzefſ des deutſchen Reichs u. von Preußen	Albert Eduard, Prinz von Wales 2 Söhne und 3 Töchter	Großherzogin Alice von Heſſen † 1878 4 Töchter und 1 Sohn	Alfred, Herzog von Edinburg 1 Sohn und 3 Töchter
	Helene, Prinzefſ Chriſtian von Schleſwig-Hol- ſtein	Louiſe, Gemahlin des Marquis of Lorne	Arthur, Herzog v. Cannaught 1 Tochter und 1 Sohn
	Leopold, Herzog von Albany † 1884 2 Kinder	Beatriz.	Herzog Ernst August von Cumberland geb. 21./9. 1845
		Friederike, Gemahlin des Fehn. Alfons von Pawel-Rammingen geb. 9./1. 1848	Marie geb. 3./12. 1849
		Marie Luiſe geb. 11./10. 1879	Georg Wilhelm geb. 28./10. 1880
		Alexandra geb. 29./9. 1882	Putta geb. 24./1. 1880
			Erbsprinz Friedrich geb. 17./6. 1882.
Wilhelm 3 Söhne	Erbsprinzefſ v. Meiningen 1 Tochter	Heinrich. Viktoria. Sophie. Margarethe.	